Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Breslau, Schweidnitzerstraße 48, oder durch Briefträger zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, im Monat 90 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, mit Post-Zuschlag Mk. 2.60, im Ausland mit Orts-Porto Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Für Inserate für den nächsten Sonntag wollen bis Donnerstag 5 Uhr Nachmittags die Aufträge abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. **Organ für die werktätige Bevölkerung.** Telephon Expedition 1204.

Nr. 135. Donnerstag, den 13. Juni 1907. 18. Jahrgang.

Freisinnige Prinzipientreue

Verteidigung und Ausdehnung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, Ablehnung aller übertriebenen Militär- und Kolonialforderungen, Einführung eines volkstümlichen Vereinsrechtes und strikte Ablehnung aller Verteuerung notwendiger Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern — das sind die Programmgrundsätze, mit denen der alte Freisinn Richter'scher Führung sich die Anhängerschaft der unteren Volksschichten zu sichern trachtete, der kleinen Beamten und Handwerker, der Kaufleute und auch der Arbeiter, die von der Sozialdemokratie noch nicht erfaßt waren. Das Herz konnte einem im Leibe lachen, wenn man [illegible] radikalen Freisinnsreden im Reichsparlament hörte, welche die Auswüchse des Militarismus geißelte, die mecklenburgischen und preußischen Verfassungs- und Wahlrechtszustände schonungslos kritisierte, den Mangel unseres Versammlungsrechtes brandmarkte und die agrarische Begehrlichkeit nach Brot- und Fleischzöllen mit Mannesmut zurückwies. Nur durfte man daneben die Taten derselben Freisinnigen nicht kennen, die sie dort verübten, wo sie nicht, wie im Reichstag, eine einflußlose Minderheit darstellten, sondern wo ihre Anhänger das Heft in der Hand hielten. Man durfte nicht wissen, wie derselbe wahlrechtsfreundliche Freisinn in Kiel, in Lübeck, in Nürnberg, in Lamburg, in Rostock das Wahlrecht verschlechterte, um ein weiteres Vordringen der Sozialdemokratie zu verhüten, wie er also nur so lange ein Freund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts blieb, als es ihm selbst politische Vorteile gewährte, wie er alle Volksrechte aber preisgab, als das Volk sie in selbständiger Weise benützte. Man durfte ferner nicht wissen, wie es um das Vereins- und Versammlungsrecht in fast allen niederschlesischen Städten aussah, in denen die unter freisinnigen Polizeichefs stehenden Organe dafür sorgten, daß die sozialdemokratische Partei kein Versammlungslokal erhielt. Jahrelang war es nur die unter einem konservativen Bürgermeister stehende Kommune Görlitz, in welcher es Versammlungslokale für unsere Partei gab, in den anderen Städten wurde mittels Verhängung der Polizeistunde, Entziehung der Tanzkonzession und ähnliche Mittel dafür gesorgt, daß unsere Genossen nach dem ersten Versuch eines Lokalerwerbs wieder auf der Straße saßen. Die Polizei stand dabei durchweg unter einem liberalen Stadtoberhaupte. Wie die Militär- und Kolonialgegnerschaft erst beim weiblichen, dann beim männlichen Freisinn langsam dahinschmolz wie Butter in der Sonne, der Vorgang ist in aller Erinnerung, sodaß nur auf ihn hingewiesen zu werden braucht.

Bleibt als letzter erheblicher Kampfpreis, an dem freisinnige Grundsatztreue zu prüfen ist, die Gegnerschaft gegen die Lebensmittelverteuerung. Was von ihr zu halten ist, das hat die Abstimmung über die Breslauer Schlachtsteuer in vergangener Woche aufs neue dargetan. Gegenüber den Verschleierungs-Versuchen der freisinnigen Presse, die auch diesmal wieder von „einigen wenigen" Umgefallenen zu reden beginnt, die zu den „Rechtsliberalen" gehören sollen, muß noch einmal klar und unzweifelhaft festgestellt werden, mit wessen Unterstützung die Fleischverteuerung, die notorische Fleischverteuerung in Breslau fortgesetzt wird. Von 100 Stadtverordneten, die der Versammlung angehörten, waren bei der entscheidenden Abstimmung 70 anwesend. Die 30 anderen, davon die Hälfte Liberale, drückten sich um die wichtige Entscheidung durch Nichterscheinen herum. Von den anwesenden stimmten nur 21 gegen die Schlachtsteuer: die beiden Sozialdemokraten, 3 Konservative und 16 Liberale, alle übrigen votierten für die Lebensmittelverteuerung. Das sind nicht einige wenige, sondern die Mehrheit der anwesenden Liberalen, und es sind auch nicht nur „rechtsstehende" Liberale, sondern notorische Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei dabei, wie zum Beispiel Schleiser und Kunde. Von dem Märchen, das Abg. Gothein im Parlament kolportierte, und nach welchem ein paar zufällig Umgefallene das bedauerliche Resultat verschulden, dürfen sich die Genossen im Lande nicht mehr betören lassen. Die Schlachtsteuer ist in Breslau seit Jahrzehnten von freisinnigen Mehrheiten aufrecht erhalten worden, die „Umgefallenen" sind regelmäßig von den freisinnigen Parteien wieder als Stadtverordnete gewählt worden, und nur so war es möglich, daß die Steuer auch in diesem Jahre verlängert worden ist. Die Schlachtsteuer der freisinnigen Stadt Breslau, die unseren Einwohnern das Fleisch um 10 Pfg. gegenüber den umliegenden Ortschaften verteuert, wird erst fallen, wenn die konservative Regierung das liberale Stadtregiment dazu zwingt. Von dieser Wahrheit, die Genosse Schütz in der Versammlung selbst konstatierte, beißt keine Maus einen Faden ab. Sie wird nur interessanter dadurch, daß kein anerkannter Führer der Freisinnigen Volkspartei im Stadthause seine Stimme gegen die Lebensmittelsteuer erhob, und daß die Volkspartei die Gegnerschaft des abwesenden Oberbürgermeisters gegen die Steuer wissentlich und geflissentlich verschwieg, um der Agitation gegen sie die Stoßkraft zu entziehen.

Das ist das Probestück des in der Macht befindlichen Freisinns gegenüber der Lebensmittelsteuer. Wie er sich zu dem Koalitionsrecht der Arbeiter stellt, das haben die Vorgänge mit dem Gemeindearbeiter-Verband und mit der Bauarbeiterschutzkommission gezeigt. Die Arbeiter dürfen sich organisieren, aber erstens nicht „sozialdemokratisch" und zweitens nicht „agitatorisch gegen ihre Vorgesetzten". Auch eine Hirsch-Dunckersche gewerkvereinliche Organisation wurde laut Zeugnis der volksparteilich-freisinnigen „Breslauer Ztg." von städtischen Beamten zu Tode schikaniert. Gelbe Gewerkschaften dürften also dieser Volkspartei ungefähr angenehm sein.

Wir möchten dies Kapitel freisinniger Prinzipientreue, dessen Vergleich bei liberalen Reichstagsreden zu empfehlen ist, nicht schließen, ohne auf ein bevorstehendes Probestück zu verweisen. Die seit einem Jahre ausgearbeitete Vorlage einer Krankenversicherung für die 10.000 Breslauer Heimarbeiter muß in den nächsten Monaten doch endlich auf irgend eine Weise einer Entscheidung zugeführt werden. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist nun der Breslauer Liberalismus drauf und dran, für seine Anhänglichkeit an die Arbeiterversicherung ein Zeugnis abzulegen, das den hier vorangegangenen sich würdig anreiht. Wir hätten dann eine Musterkarte zusammen, die allen Anforderungen entspricht: Der Freisinn in seiner Stellung zur Arbeiter-Versicherung, zum Koalitionsrecht, zum Wahlrecht, zum Versammlungsrecht, zum Militarismus und zur Lebensmittelverteuerung. Ein interessantes Kapitel freisinniger Prinzipientreue, besonders lehrreich für liberale Arbeitervereine zu lesen.

* * *

Die Rebellion der Winzer.

Es ist kein Zweifel mehr: Im Süden Frankreichs lodert die Flamme der Rebellion hell empor. Ganz Europa blickt auf die Maßregeln der Weinbauern, die, von ihrer Not diktiert, zum letzten Mittel, zur revolutionären Selbsthilfe, greifen. Diese Volksbewegung — die zur sozialen Revolte angewachsen ist, — denn so muß man sie bereits nennen — hat von dem gesamten Süden Frankreichs Besitz ergriffen.

Sie ist von der kleinen Gemeinde Argelies im Departement Var ausgegangen und hat sich mit ungeheurer Schnelligkeit weiterverpflanzt. Heute sind alle weinbautreibenden Departements des Südens, von den Pyrenäen bis zur Rhonemündung, von ihr erfaßt.

Die Ursache der Revolte ist die Krise der französischen Weinproduktion. Es ist unleugbar, daß die Weinpflanzer nicht mehr imstande sind, den Wein zu einem den Anbau lohnenden Preis zu verkaufen und oft überhaupt keine Käufer mehr finden. Die Krise selbst aber hat verschiedene Ursachen. Vor allem die Konkurrenz des unter günstigeren Bedingungen produzierenden und im Durchschnitt besseren algerischen Weines. An dieser Konkurrenz sind die südfranzösischen Bauern selbst nicht unschuldig. Als vor einigen Jahren die Phylloxera die Weinberge des Südens verheerte, ließen sich viele von ihnen zur Auswanderung nach Algerien bewegen, und die dort unter der Begünstigung der Regierung rasch aufblühende Weinkultur wurde bald für die des Mutterlandes eine furchtbare Gefahr. Für den Uebergang zu einer anderen Kultur aber fehlt im Süden teils das Kapital, teils die Initiative, teils die agrarechtliche Möglichkeit. Der zweite Hauptübelstand, der in der jetzigen Agitation sogar in den Vordergrund gestellt wird, ist die Weinfälschung. Es ist eben eine Tatsache, daß die Herstellung von „Kunstwein" aus Wasser und Chemikalien immer noch wohlfeiler kommt, als der Bezug auch des billigsten Naturweines.

Vor etwa sechs Wochen verfiel nun ein entschlossener Mann, namens Marcellin, Weinbergbesitzer in Argelies, auf den Gedanken, die Oeffentlichkeit und die verantwortlichen Lenker des Staates durch eine Demonstrations-Bewegung der ganzen von der Krise in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung auf die Not des Landes aufmerksam zu machen und diese zur Hilfe zu zwingen. Der Plan fand

---

Mathilde.

Zeichnungen aus dem Leben einer armen Frau.
Von Carl Hauptmann-Schreiberhau.

31] (Nachdruck verboten.)

Achtundzwanzigstes Kapitel.
Mathilde wird nun klar.

Aber wie Tag um Tag und Woche um Woche verrann, daß Ernst immer sagte, es muß ein Ausweg werden, und doch im Gutshaus und Stube, wenn Mathilde vorbeischlich im Dunkeln, Lachen und Ruhe nicht gestört und von Aussichten ganz und gar keine Rede schien, da hatte sie sich ein Herz gefaßt: „Ich muß klar werden" — hatte sie auch schon Ernst eines Tages heimlich gesagt. Daß er erschrocken war und sie daher angesehen in Beunruhigung und mißtrauisch und auf alles plötzlich gefaßt.

Nun war es Abend und um den Tisch saßen die Troddel — oben der Bauer mit sicherer Miene, gutmütig und zufrieden, daß Ernst am Tische neben ihm saß, heimlich auch erwägend, daß der Junge sich, wie es schien, gar nicht mehr um Mathilde kümmerte, obwohl sie, wie er längst erfahren, schon seit einiger Zeit im Dorfe war. Er war völlig beruhigt. Er hatte längst Nachforschungen angestellt. Er hatte mit dem Gemeindevorsteher Rat gehalten und in Erfahrung gebracht, daß es gar nicht nur so war, wie es aussah. Das Mädel war der Mutter nach, wie er sich innerlich ausdrückte. Sie hatte es gar nicht erwarten können, um Manne zu kommen, und war mit einem Buckligen gelaufen, den sie schon vor Ernst ein Kind in die Wiege gelegt. „Das war' an Zucht", hatte er zum Gemeindevorsteher lachend gesagt, als der Gemeindebote draußen war. Und er wußte, daß er das beste Werkzeug gegen Mathilde längst in der Hand hielt. Uebrigens war ihm unbegreiflich, daß sich der Junge so schnell scheinbar ganz zugute gemacht, und manchmal dachte er bei sich, daß er es auch wohl wissen müßte, was an dem Frauenzimmer im Grunde wäre. „Nee, die kommt mir nee er's Haus", hatte er zum Schulzen gesagt, wie er hinausging, und das sagte er auch heimlich zur Alten, die jetzt um den Herd war, behaglich und geschäftig wie immer, sich nur mit kleinen Schritten um sich selber drehend. Man kann sich wirklich gar keinen Pers machen, daß Mathilde es wagte, hier herein zu treten, mitten unter die Bauersleute. Nur weil sie daheim gar nicht gewesen war und Ernst's Reden ihre Hoffnung stark gemacht hatten. Aber sie hatte Mut getan, daß sie nicht in's Gemeindehaus gegangen war. Das hatte dann auf ihr gelegen, wie der Schmerz im Traum, so auf ihrer Seele, und sie wieder gedrückt und erniedrigt niedergekommen. Jetzt war es ein, ganz in voller Kraft und mit einfacher Frische. Das war ihr so gekommen, als sie wieder in sauberer Gewandung draußen vor den Fenstern gestanden und das fröhliche Lachen angestimmt gehört hatte. Das Lachen war ihr plötzlich wie ein Sohn gekommen, denn die Wochen verrannen.

„Ich muß Klarheit han", hatte sie gedacht. Und sie war einfach gerade auf das Haus zugeschritten, wie eine, die ein Recht hat, hineinzugehen, und stand nun im Türrahmen. Der Bauer hielt den Bissen im Munde auf und machte Augen, als wenn ihn ein Wunder anwandelte. Die Troddel grunzten und platzten gleich aus. Die alte Bäuerin sah zur Tür und drehte sich dann, als wie nicht recht bei sich, zum Tische und sah den Vater an. Und Ernst war auch gleich aufgesprungen und hatte gesagt: „Nee Jeses — wie denn?" und war erschrocken stehen geblieben, als wenn er nicht wissen könnte, was vorging. Denn Mathilde kam langsamen Schrittes, aber mit einer Miene, wie ein Kind fast, das mondwandelt, herein, und sagte nur leise und verhalten fast, und so kindlich lächelnd zu gleicher Zeit „Guten Abend, Herr Hallmann", daß gewiß kein Auge zu verachten oder zu höhnen den ersten Moment gewagt hätte.

„Guten Abend, Herr Hallmann", hatte sie noch einmal, und hielt, als sie die Erwartung sah, plötzlich zögernd stehen.

„Sahahn —", Hallmann erholte sich und lachte nicht laut, rücksichtsvoll und erschrocken fast, und Ernst merkte es und gab irgendwie seiner Seele eine Hoffnung, daß er Mathilde die Hand zu reichen wagte und sagte:

„Kumm ack, Mathilde —"

„Sahahn", — lachte Hallmann, ganz wie überrumpelt, und die Mutter spannte ihre Augen ganz hoch und sah dann unter die Bankscheiter und hob mit Gebrach nun einen Topf in die Röhre, nur um etwas zu tun zu haben und zu hüten, daß sie nicht ganz erstarrt wäre.

„Nee Jeses — wer denn" entrang sich endlich ein Wort Hallmanns Munde, wie der Junge verlachte. Mathilde aber Ernstes einen Schemel zum Sitzen anwiesen.

„Sahahn", lachte er laut — „wer denn — was wird denn — Du — Ernst? Nee, Junge — sag mir ack", sagte er ganz sinnlos und hastig.

„Nee Jeses, Mathilde", sagte jetzt auch Ernst, starrend, wie der den Vater sah.

Mathilde stand gerade und einfach und unerschrocken. Sie wußte, daß sie klar werden mußte und rührte sich nicht. Und wie ein kindliches Leuchten war aus ihren Augen zu Ernst, daß er ein Wort reden und Mut haben möchte, wie sie ihn gehabt, nun wo sie dastand, unter aller Augen, und die Troddel vom neuem lachen mußten mit den Alten zusammen, und wie noch gar die alte Bäuerin sahnisch zu lachen und sich erholt hatte. „Nee, Vater", sagte sie nur. Und es gab noch eine Pause, daß Ernst nicht wußte, wie er sich benehmen sollte, ob er lieber mit Mathilde gleich hinauseilen und sie vor den höhnischen Blicken bergen sollte, die jetzt kommen mußten, oder ob er gar zornsprudend auf den Tisch schlagen sollte, wie es eben natürlich der Alte tat, daß alle Schüsseln plötzlich tanzten.

„Raus", schrie der Bauer. „Raus —" schrie er. „Nadel. Du bist Dich wull verlaufen", schrie er. „Ei's Gemeindehaus gehört Dir, zu der Heimlichen gehörte" — [illegible] Augenblick gar nicht Worte finden.

Ernst sah mit Schrecken, daß er sich erhob.

Mathilde war am Herde und dachte sich, so hielt sie es, und ihre ganze Seele lag in ihren Augen, so glänzend war ihre Schmach und Trauer. Daß Ernst die Hand aufhob, sie zu schützen und dann plötzlich gegen den Vater ging mit ganz entsetzter Abwehrmiene.

„Vater", sagte er drohend, wie sich Mathilde dachte. Aber der Alte blieb versteinert stehen und lauerte, wie Mathilde so demütig war, und die leise einige Worte kamen, die dem Sinne Hallmann's sprachen.

„Sahahn" schrie der Bauer von neuem. „A Kind hat sie — ni ni — da Dir ees — und von an Buckligen an' ent", schrie er — „Die werd noch viele han, wie de Heimlichen. Da [illegible] Jeschäfte zum Werden ees — sahahn."

Die Troddel lachten. Ernst sah, als wenn er die Augen aufreißen müßte, wie Mathilde plötzlich sich schon umdrehte — wie sie nun dastand, als wenn sie eine Gifthängerei in der Hand gedrückt so aufschreiend — nur einmal — und sich im Hause noch einmal besinnend ohne Worte. Und dann auf die Straße hinaus — während Ernst wie gelähmt stand — und dann plötzlich wie zu sich kommend und nur in ganz starker, kraftloser Sicherheit wankend vom Türrahmen und hinausgehend, während noch immer alles Seine in Erstarrung war, [illegible] Alte den Sohn noch immer scharf im Auge hielt, was er nützlich sagen würde, — [illegible] sprechend, [illegible] und mit einem Lächeln, als wenn es nichts Begriffe in diesem Leben: „Ja ja an' a Kind von an Buckligen da ich — Das ist nicht? —" und dann langsam und klar in ihrem Glück hinausschreitend, hinunter — wo sie im Gemeindehause [illegible], [illegible] der kleinen Stiefbaue und der alten [illegible], und dem alten Jetzt auch mit Handschlag — begrüßt — in den [illegible] Schmuck Kerze und mit sagte: „Eine Nacht blieb ich bei Euch". — Und dann schlief unter Schmerz und Wunden, so [illegible] — einen langen, langen, unbegreiflichen Schlaf, der die [illegible] alle Schmerzen aus der Seele wusch und [illegible] sich [illegible] Tag.

(Fortsetzung folgt.)

in der temperamentvollen Rasse des Südens einen außerordentlich günstigen Boden. Von Sonntag zu Sonntag schwollen die Kundgebungen an, am letzten Sonntag demonstrierten sie 700,000 Mann!

Es ist gleich von Anfang an der Regierung ein Ultimatum gestellt worden, damit sie Maßnahmen ergreife, daß dem 10. Juni an in Frankreich nur noch Wein verkauft werde, der reines Produkt frischer Trauben ist, und nicht Wein, der „fabriziert" ist mit Wasser, Zucker oder anderen Produkten.

Wenn, erklärte damals Feroul, der Bürgermeister von Narbonne, die Regierung bis dahin nichts tut, so werden wir überall die Verwaltung sabotieren erstens durch die allgemeine Entlassung aller Gemeinderäte und dann durch den Steuer-Generalstreik.

Charakteristisch ist es, daß an dieser Bewegung alle Parteien und alle Klassen teilnehmen. In den Kundgebungen ziehen die ganzen Gemeinden mit. Aus manchen Städten waren fünf Sechstel der Bevölkerung ausgewandert. Die Bürgermeister, manchmal auch die Pfarrer ziehen an der Spitze ihrer Gemeinden einher. Vielfach hörte man auch die Arbeiter-Marseillaise singen. Allerdings sind die Meinungen in der Arbeiterschaft über die Beteiligung der sozialistischen Genossenschaften an der Bewegung geteilt, da manche Genossen eine Abschwächung des Klassenbewußtseins durch die gemeinsame Aktion der Unternehmer und Arbeiter befürchten. In diesem Sinne hat zum Beispiel die Arbeitsbörse von Béziers entschieden, während der Verband der Landarbeiter die Entscheidung seinen Mitgliedern freigestellt hat.

Immerhin hat die Bewegung den Charakter einer prozialen Revolte. Aufschriften wie:

Wein oder Tod! — Arbeitslos, sei eine gute Mutter, als deinen Kindern Brot! — Keine Barmherzigkeit, bis wir Genugtuung haben! — Einem leeren Magen ist schwer predigen! — Wir sind nicht zum Tod gekommen! — Zu allem entschlossen, aber nicht zum Hungertod. — Tod den Fälschern! — Hoch die Armee! Grüßet Soldat, zu deinen hungernden Brüdern nicht zielende!

sind auf den Standarten zu lesen. Ihr Mantich mit dem Kehrreim „Wir sind hier, hier sind wir, hier werden wir bleiben", spricht die in ihrer Schlichtheit mitreißende Sprache der Bauernkriege. Das Programm der Bewegung ist die direkte Aktion: Der Streik der Wähler und der unbezahlten Gemeinderäte und die Steuerverweigerung. Die Ausständischen wollen vom Staate so lange nichts wissen als er ihnen nicht hilft. Schon haben einige lokale Wahlen wegen des Ausbleibens jämtlicher Kandidaturen nicht vorgenommen werden können. Darüber hinaus aber ist es sogar zu offenem Gewalt gekommen. Züge wurden aufgehalten, Steuerbeamte verjagt.

Ueberall sind die beiden Plakate zu lesen, in denen die beiden Sitzungen der Kammer miteinander verglichen werden, die vom 7. Juni, in der über die Weinkrise verhandelt wurde, in der 25 Deputierte anwesend waren, und die resultatlos verlief, und die vom 22. November 1907, in der 530 Deputierte sich innerhalb einer Viertelstunde eine jährliche Zulage von 6000 Francs bewilligten.

Vermutlich wird die Regierung — Zeit wird ihr ja nur gestern verschaffen, sie zu tun — etwas gegen die Weinfälscher beschließen. Das Problem ist aber damit nicht gelöst. Und selbst wenn die Kammer irgend ein neues Gesetzlein fix abzwingen läßt. Darüber, scheint uns, kann kein Zweifel sein, daß der Strom der billigeren Weine steigen, die Kräfte nicht weniger leere und mehr weniger wird, die sie verlangen. Denn eine [illegible] Kraft zu leben, ist der bürgerlichen Staat nun nicht in der Lage gewesen, er kann sie höchstens zerstören helfen. Sowenig wie unter der [illegible] werden derartige Bewegungen aber neue Landstrecken immer wieder heimsuchen. Um so unerfreulicher aber ist es, den Ausgang dieser großen und zeitgemäßen Bewegung unter den Auspizien Clémenceaus zu verfolgen. (Näheres lese man nach in der neuesten Nummer der „Neuen Zeit" in dem Artikel von Paul Louis: Montpellier.)

In jedem Fall aber beweist das feigherzige und duldsame Verhalten der Regierung gegenüber den Kundgebungen jener Landstriche, daß die heftigen Stimmen der radikalen Presse, daß auch die [illegible] Stimmen, selbst in einer [illegible] Form, der herrschenden Klasse [illegible] erscheint, wenn sie von [illegible] gemacht wird. Gegen die unerschütterlichen Beschlüsse der Bürgermeister Kommunalräte und ihre Mitwirkung am Gemeindeamt zur Steuerverweigerung, zu mündlichen Ungehorsam, scheute man nicht mehr mit Kanonen-Verordnungen ein. Es heißt eben heute nicht mehr „Bonnet [illegible]", sondern „[illegible]" das ist schon etwas anderes.

* * *

Paris, 11. Juni. Auf dem Theaterplatz von Montpellier ist es heute wieder zu ernsteren Ausschreitungen gekommen. Die Menge bedrängte sich der Kirche und Kirche vor der Cafés als Wurfgeschosse gegen die Polizeiwachen und Gendarmerie. Verletzte vor dieser wurden nicht gemeldet. „Auf nach Paris! Auf die Regierung!" hatte Viele plakatiert, die ganze Stadtmauern hat. Dem französischen Parlament der [illegible] Politiker Clémenceau erklärt, der in bekannter Weise [illegible] Lauterbach angeschwemmten Lauterbach von Montpellier zu [illegible]. Zwei [illegible] der Personen, welche [illegible] verhaftet worden sind, [illegible].

Paris, 11. Juni. Zur Offizier des 17. Regiments in Nancy [illegible] eine [illegible] Revolution: [illegible] „Petit Parisien", es [illegible] das [illegible] Regiment [illegible] worden, wenn der Befehl zur Unterdrückung [illegible] Weinbauern erfolgen würde. Wie verlautet, ist das Regiment aufgelöst worden.

Paris, 11. Juni. Die Gelegenheit der Ausschreitungen in der Kammer erhielt Premierminister Caillaux den Minister des Innern, [illegible], um die Verhältnisse zu erörtern, [illegible] Weinbauern zu helfen und der Unterdrückung von Fälschungen zu unterbinden. Durch [illegible] Gegen-Gesetze wurde, der Kontrolle Wein [illegible] der Weinbauer, [illegible] der [illegible] aufgeführt werden. Die Kammer verschiedene Gesetzentwürfe [illegible] der Finanzminister, es werde auf [illegible] Jahre die Weinsteuer erlassen [illegible] Wein [illegible] Gesetzentwürfe [illegible].

Die Presse wird für die komplizierte Regierung sehr erst. Auf diese Mißstimmung gehört unter anderem auch der Mißkredit Clémenceaus ab, als er am Sonntag in einer Rede an die Eisenbahner bemerkte:

„Man hat uns gegenüber: Ihr habt noch viel zu tun! Ich antworte: Wir haben angefangen, und das ist das wichtigste! Früher genügte es, um ein Held zu sein, in die Schlacht zu reiten, niederschlagen oder sich niederschlagen zu lassen. Die Helden von heute müssen aber nicht den Tod, sondern das Leben bringen. Das Schwerste Problem der Demokratie ist, die Menschen zu der Erkenntnis zu bringen, daß die größte Freiheit das strengste Gesetz bedeutet. Wir sind Idealisten, wir sind Zukunftsträumer, und dieser Idealismus ist unsere größte Gefahr. Unsere Tätigkeit mit den Tatsachen zu verbinden, ist schwer, aber es gilt, wenn wir alle, Regierer und Regierte, uns unserem Zeitalter lernen. Eine zweite Gefahr ist die Gewohnheit, zu der viele neigen, denen der Fortschritt nicht Gebot, sondern Gewohnheit bedeutet. Diese Gefahr aber ist zu bekämpfen. Sklaven ändern sich, freie Männer entwickeln sich durch Nachdenken und Handeln! Wir sind die Söhne von denen, die einmal Schlimmes verschuldet haben: Zerstörer Geschichte. Das ist ein Erbteil, das wir vermeiden müssen, damit unsere Kinder sich unserer nicht zu schämen brauchen."

Die Weinbauer des Südens sind so naiv, daß sie sich durch schöne Worte des Menschenbildners nicht mehr hinhalten lassen. Sie verlangen Handlungen von der Regierung, und die Tage der Minister sind, sicht wenn sie etwas tun wollen, durch die Gesetze des Parlamentarismus gebunden. Diese Gesetze sind für die Bauernpartei, in deren Namen Clémenceau spricht, die höchste Freiheit, wie sie für die schaffenden Volksmassen die höchste Sklaverei bedeuten, und sie spotten der schillernden Worte eines Clémenceau wie den Ideen der großen französischen Geschichte.

Politische Uebersicht.

Furchtbare Rechtsprechung. In Jena hat eine arme Arbeiterfrau unter Anklage des Kindesmordes vor dem Schwurgericht. Sie war geständig, die Frucht ihres Mutter nach dem Tode ihres Mannes zur Welt zu bringen, Kind heimlich wegen Nahrungssorgen verschwiegen zu haben. Die Geschworenen verneinten die Frage, ob die unzulässige Tötung zur Ueberlegung entsprochen sei. Das Gericht verurteilte die arme Frau zu zwölf Jahren Zuchthaus.

In München hatte sich die Kindesmordprozeß Barbara Seidler gegen die Anklage des Totschlages zu verantworten. In dem von ihr geführten und geführten „Kinderheim" für [illegible] und Kranke starben [illegible] Kinder nach dem anderen, in unterhalb acht Wochen acht von dem [illegible] der bei ihr umgekommen. Feststellung wurde, daß in der Anstalt der unglaublichsten Schmutz herrschte. Für alle zwölf Kinder waren nur zwei Milchflaschen, die abwechselnd den gesunden und den kranken Kindern gegeben wurden. Ein Arzt wurde in Gesellschaftskreisen nur zugezogen. Das Urteil lautete auf [illegible] Monate Gefängnis, zwei Wochen Haft und 50 Mark Geldstrafe wegen fahrlässiger Tötung und wegen Vergehens gegen die Kurpfuscherei und die Gewerbeordnung.

Dann wird man in stillsinnigster Ruhe begangene Tat Mord genannt, und eine Mutter wird zu Jahren schwerer Kerkerstrafe angesagt und ins Zuchthaus gebracht. — Dann wird mit milden Worten eine Handlungsweise gegeißelt, die nur Gemütlichkeit und unverantwortlichen Nachlässigkeit des Menschenalters entsprungen wurde. Man kann 7 Kinder [illegible] Seelen machen [illegible]. Aber sind 5 meine Wiesen [illegible] Mutter, und mein Kind und 12 [illegible] Kinder [illegible] nennen [illegible] Mutter." Und doch war es der Gerichtshof, der den Mord verübte, denn sie [illegible] Gesetz und die Rechtsprechung [illegible] Wertes.

Eine gegenwärtige Kundgebung über die Zentrumsfraktion. In Sammlung „[illegible]" hat der [illegible] Abgeordnete Richard [illegible] anläßlich einer Besprechung der jüngsten Reichstagswahlen über die Zentrumsfraktion:

„Die [illegible] Zentrumsfraktion [illegible] 1871, [illegible] immer mächtiger geworden, [illegible] Wahlkreise zu [illegible] und [illegible] Mehrheit [illegible] Zentrum [illegible] Kanzler [illegible] Zentrumsfraktion [illegible] Zentrum [illegible] Zentrum [illegible] Zentrum

Unbefleckter Schandfleck. Die „Mannheimer Volksst." berichtet, daß die bekannte Schmutzfinkenaffäre eine gerichtliche Nachspielung erfahren. Am Freitag wurden wieder eine Reihe Zeugen vernommen, welche den Mannheimer nennen sollten. Der Polizeiassistent Emil Maier, der erklärte, in seiner Eigenschaft als Redakteur habe er den Namen des Verfassers des infamisierten Artikels erfahren, Name jedoch über diese Sache nicht auslassen, wurde wegen Zeugnisverweigerung zu einer Geldstrafe von 100 Mk. und den Kosten verurteilt; ob gegen ihn auch die Zeugnisverweigerungsstrafe angewendet wurde, blieb der weiteren Entwicklung vorbehalten. — Inzwischen hat man aber auch eine Reihe von Polizeiaufsehern und Zeitungsredakteuren vernommen, ob sie nicht wissen, wer der Verfasser des verfolgten Artikels ist.

Im Landtagswahlkreise Kiel-Rendsburg, den der verstorbene Lehrer Wolgast vertrat, hoffen die Freisinnigen wieder auf den Sieg. Im Jahre 1903 wurden nämlich für Wolgast 271 Stimmen, für den Nationalliberalen, Justizrat Dr. Thomsen, 226 Stimmen und für den Sozialdemokraten Molkenbuhr 151 Wahlmännerstimmen abgegeben. Die Wahlmänner werden jetzt, wie bekannt, nur teilweise ergänzt.

Gerechter Fluch — wirst du gestellt, dann heile frei! Nach diesem mittelalterlichen Axiom handelte auch ein Berliner Bäckermeister, der von dem dortigen Gauleiter des Deutschen Bäckerverbandes, Genossen Herzfeld, sagte, er nehme trotz seines hohen Gehaltes Bestechungsgelder von den Bäckermeistern an, das habe er (der Anklagende) selbst mit angesehen. Herzfeld zitierte den Verleumder vor das Gericht und hier knickte dieser völlig zusammen. Er konnte sich auf nichts mehr besinnen, entschuldigte sich schließlich mit Trunkenheit und bat um Entschuldigung wegen seines verleumderischen Gerüchts. Unter diesen Umständen nahm der Beleidigte, dem es nur um Klarstellung des Sachverhaltes, nicht um eine Bestrafung des geschwätzigen Meisters zu tun war, die Klage zurück, nachdem sich der Beklagte verpflichtete, eine öffentliche Ehrenerklärung zu erlassen und sämtliche Kosten der Klage zu tragen.

Kommandierung zum Rübenhacken. Die „Deutsche Tageszeitung", das Zentralorgan der Agrarier, führt bittere Klage über das Verhalten der Bahnmeisterei zu Liebenwerda, die auf der Strecke eine größere Anzahl junger Mädchen beschäftigt. „Weshalb", schreibt sie drohend, „wird überflüssigerweise Mißstimmung unter den Landwirten erzeugt, welche nicht wissen, wie sie ihren Hackfruchtfeldern die notwendige Pflege angedeihen lassen, ihre Rüben genossen bekommen sollen. Hoffentlich bedarf es nur dieser Bekanntgabe, um die höheren Vorgesetzten der Bahnmeisterei Liebenwerda zur Beseitigung dieser höchst unzweckmäßig verwendeten weiblichen Arbeitskräfte zu veranlassen.

Diese Mädchen durch Angebot höherer Löhne zum Uebertritt in ihre Dienste zu veranlassen, fällt den Agrariern gar nicht ein. Sie sollen von Staatswegen arbeitslos gemacht werden, damit sie billig zu haben sind.

Vom Patriotismus der Geldmänner. Das deutsche Rittergut Gramer Schloßthum in Gramm ist für 400,000 Mark in den Besitz des dänischen Grafen Brockdorff auf Gieseqaard (Seeland) übergegangen. Die Verkaufsverhandlungen, welche streng geheim gehalten werden, sind durch vorzeitige Indiskretionen dänischer Blätter der deutschen Regierung bekannt geworden.

Aber die Regierung konnte es offenbar nicht hindern, daß deutsche Geldleute, wahrscheinlich sogar Agrarier, die auf den Patriotismus ein Patent haben, den so geschätzten „deutschen Grund und Boden" in die Hände der „Landesfeinde" spielten.

Zur Frage der Schiffahrtsabgaben. Zur Beratung der wirtschaftlichen Seite der Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein, Main und Neckar, zur Prüfung der damit zusammenhängenden Tarif- und Kanalisationsfragen ist gestern im Heilbronner Rathausfaale eine staatliche Konferenz zusammengetreten, zu der sämtliche Uferstaaten Vertreter entsandt haben. Preußen ist durch Wirkl. Geh.-Rat Peters vertreten. Ferner sind vertreten Hessen, Baden, Bayern, Elsaß-Lothringen und Württemberg. Die Verhandlungen, die nicht öffentlich geführt werden, sind von grundlegender Bedeutung und es wird insbesondere darauf ankommen, ob Baden und Hessen ihren kundgegebenen Widerspruch gegen gewisse Kongessionsfragen zurückziehen werden.

Es handelt sich, kurz gesagt, um die weitere Verteuerung der Lebenshaltung des Volkes durch Erhebung von Zöllen unter dem unverdächtigen Namen „Schiffahrtsabgaben."

Polnische Schreibweise bei Familiennamen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" rechtfertigt offiziös die Haltung des Ministeriums des Innern in der von verschiedenen Blättern kritisch besprochenen Angelegenheit der Polonisierung des Namens des Rechtsanwalts Gomballa in Tuchel. Die Anordnung der Polizeibehörde, das Schild des Rechtsanwalts mit polnischer Schreibweise seines Namens zu entfernen, sei ungerechtfertigt, weil dieselbe durch zahlreiche Beschlüsse des Kowaner Landgerichts als richtig anerkannt worden sei und auch das Königliche Heroldsamt in diesem Falle die polnische Schreibweise als zu Recht bestehend bestätigt habe.

Die Landtagsnachwahl in Ludwigshafen-Stadt. Für die Ersatzwahl, die im bayerischen Landtagswahlkreise Ludwigshafen-Stadt stattfinden muß, da der doppelt gewählte Genosse Ehrhart in Kaiserslautern angenommen hat, haben die Ludwigshafener Genossen dem Genossen Huber aufgestellt.

Das Zentrum als „Volkspartei". Der „Bayerische Kurier" sucht an dem Ausfall der bayerischen Landtagswahl bewiesen, daß das Zentrum eine wahre Volkspartei sei. Die Landtagsfraktion habe „Vertreter aller Berufsgruppen und Stände", überwiegend aber „Angehörige der breiten Schichten des Volkes". Und jetzt zählt das Blatt auf: 25 Landwirte (die sich um 9 vermehren, wenn man auch die Gewerbetreibenden mit landwirtschaftlichem Nebenbetrieb zählt); 24 Vertreter von Handel, Gewerbe und Handwerk; 23 Beamte, darunter 13 Juristen, 15 Geistliche und endlich 4 — sage und schreibe vier — Arbeiter und untere Staatsbedienstete. Also vier Mann als Vertreter der zahlreichen Arbeiter in Stadt und Land und der Unterbeamten — aber 95 als Vertreter der Grundbesitzer, Unternehmer, Geistlichen und höheren Beamten. Und das nennt sich eine „Volkspartei"!

Ausland.

Die Duma als Polizei? Eine seltsame Meldung kommt aus Petersburg: Die Kommission der Reichsduma für innere Angelegenheiten hat den sozialrevolutionären Abgeordneten Kusnezow, der vor kurzem zum Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter verweigerte, aufgefordert, sein Mandat innerhalb 14 Tage niederzulegen. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

* * *

Schlamperei in der französischen Armee? Der französische Deputierte Charles Humbert veröffentlicht eine Anzahl von Mißbräuchen der französischen Kriegsverwaltung und hebt als charakteristisch hervor, daß die vor neun Monaten vom General Caland als äußerst dringlich verlangte Anbringung eines Blitzableiters am großen Pulvermagazin des Forts Tamaruck bei Verdun heute noch zu den unerledigten Angelegenheiten gehört.

* * *

Hoch die Nation! — Hoch der Weltanschauungsstaat!! Der Vorschlag der französischen Regierung, die Westpaden zu verstaatlichen, ist vom Senat abgelehnt worden. In der Begründung heißt es, die Resultate der Verstaatlichung seien sehr zweifelhaft. Denn wenn sie auch in Deutschland gelungen sei, so habe sie doch in Rußland und Italien kein befriedigendes Ergebnis geliefert. Das reiche Frankreich mit seiner städtischen Entwickelung wird da mit den wirtschaftlich und kulturell zurückgebliebenen Ostländern auf eine Stufe gestellt. Aber es kommt noch besser. Der Berichterstatter meint nämlich auch, die Verstaatlichung sei nicht für die Nation, der katholischen Masse, der keine „verderbliche Einmischung der Politik bestehe. Die politische Moral Frankreichs wird also offen für minderwertig erklärt. Es ist aber freilich durchsichtig, daß hinter dieser rassentheoretischen Argumentation und hinter der sittlichen Entrüstung das Interesse an der vom Privatkapitalismus geübten parlamentarischen Korruption steckt.

Ferner heißt es: die Verstaatlichung der Westbahn dürfe darum nicht bewilligt werden, weil sie der Beginn der allgemeinen Verstaatlichung sei, wie sie in den sozialistischen Programmen stehe!

Das Ministerium ist durch die Haltung des Senats in eine arge Verlegenheit geraten. Clemenceau hat in der Kammerdebatte über die allgemeine Politik zur Bekräftigung seiner Reformpolitik angekündigt, daß er im Senat wegen der Westbahnverstaatlichung die Vertrauensfrage stellen werde. Um einen Konflikt mit dem Senate auszufechten, müßte aber Clemenceau in der Deputiertenkammer eine zuverlässige Mehrheit haben. Nun ist dort die andere wirtschaftliche Reform, die das radikale Programm aufbietet, die Einkommensteuer, in einer fast hoffnungslosen Situation. Natürlich ist mit der Einkommensteuer auch die Altersversorgung fallengelassen, die der Senat aus budgetären Bedenken von jener abhängig machen will. Was hat die radikale Regierung also den Massen zu bieten? Die Reform der Militärjustiz ist zwar eine ganz nützliche Sache, aber was die arbeitenden Schichten am dringendsten verlangen, ist eine Erleichterung des wirtschaftlichen Druckes und für diese ist keine Aussicht. Darum sieht man jetzt die Regierung den geschäftigen Müßiggang der Kammer schüren, die mit törichten Lappalien wie der Einsetzung eines Nationalfeiertages der Jungfrau von Orleans die Zeit totschlägt. Sogar die Winzerbewegung (siehe Leitartikel) ist trotz der Unordnung, die sie dem Land anbringt, dem Ministerium nicht unwillkommen, da sie ihr zum Heil der parlamentarischen Demagogie Abzugskanäle eröffnet. Ohnmacht in der Sozial- und Finanzreform auf der einen Seite, politische Verfolgungen, Tendenzprozesse, Spitzelthum auf der anderen, das ist die Bilanz des regierenden Radikalismus in Frankreich.

* * *

Das Wahlgeheimnis in Frankreich. Die französische Deputiertenkammer hat kürzlich wieder einmal ein Gesetz zum Schutz der Freiheit und des Geheimnisses der Wahl beschlossen, nachdem der Senat schon einige frühere Fassungen abgelehnt hat. Die wichtigsten Bestimmungen sind: der Briefumschlag für den Stimmzettel und der Isolierraum. Den Isolierraum hat die Kammer auf Antrag des Sozialisten Constans, trotz der gegenteiligen Meinung des Kommissionsberichterstatters, angenommen. Dagegen wurde der Antrag abgelehnt, der den Kandidaten das Recht sicherte, einen Vertreter im Wahlbureau zu haben. Die Gegner schützten vor, daß diese Bestimmung die „Freiheit der Wahl" beeinträchtigen würde. Aber der durch die anderen Vorschriften gewährte Schutz des Wahlgeheimnisses sichert auch die Freiheit, wogegen die Möglichkeit, daß im Wahlbureau die Angehörigen einer bestimmten Partei unter sich bleiben, allem möglichen Mißbrauch das Tor öffnet. Ganz vernünftig aber war die vorläufige Zurückweisung des Vorschlages, Wählern, die am Wahltag abwesend sind, die schriftliche Abstimmung zu erlauben, da seine Annahme allerlei Unfug und Betrug ermöglicht hätte. Mit welcher reaktionären Verbohrtheit und jüdischen Unredlichkeit solche Fragen von der französischen Bourgeoisie behandelt werden, davon hat die Verhandlung in der Deputiertenkammer reichlich Beispiele geliefert. Besonderer Nachdruck wurde auf das Argument gelegt, daß die Einrichtung der Isolierzelle und der Couverts den Wahlakt zu sehr komplizieren und den Wählern unverständlich machen werde. Als ob diese Einrichtungen nicht in Ländern von weit jüngerem parlamentarischen Leben und nicht höherem Bildungsdurchschnitt beständen! Sogar in — Deutschland! In Frankreich gehen die Bürger — unter verschiedenen Wahlsystemen allerdings — seit fast 120 Jahren wählen, die Wählerkarte ist das wichtigste, bei den öffentlichen Aemtern geforderte Identitätspapier, und dennoch wird getan, als ob die Vornahme der Wahl ein für das Gehirn französischer Bürger kaum faßbarer Akt wäre. Wenn es der politische oder wirtschaftliche Profit erheischt, kommt es den „Patrioten" nicht darauf an, die Masse ihrer Landsleute als Idioten oder auch als moralisch minderwertig hinzustellen.

Es fragt sich nun, ob der Senat diesmal nachgiebiger sein und das Gesetz besonders schon vor den nahen Departementswahlen annehmen wird.

* * *

Eine anti-russische Kundgebung in England. Die konservative „Times" enthält einen von einer Anzahl Radikale und Sozialisten unterzeichneten Brief, in dem gegen jeden Vertrag des britischen Reiches mit der russischen Regierung, wie beabsichtigt scheint, protestiert wird. Ein solcher Vertrag, so heißt es, komme einer Stellungnahme gegen das russische Volk gleich, er werde den Kredit der russischen Regierung heben und diese in die Lage versetzen, sich erfolgreich an Europa wegen einer neuen Anleihe zu wenden, über die das russische Volk keine Kontrolle habe und die nur zur Stärkung der Autokratie gegen das russische Volk benutzt werden würde. Es wird ferner von den Unterzeichnern des Briefes befürchtet, daß das englische Volk auf Grund dieses Kredits und engerer Beziehungen zwischen den Regierungen sich stark an der Anleihe beteiligen würde, und daß dadurch die politische Haltung Englands gegen Rußland und andere Mächte, wie dies schon bei Frankreich der Fall sei, beeinflußt werden könnte. Schließlich wird gegen jede diplomatische Beziehung zu einer Regierung protestiert, die mit gutem Recht im Verdacht der Judenverfolgungen, der Verwaltung des Kaukasus und der baltischen Provinzen und der Gottesgnadentum in Ehren steht. Wenn diese Gesichtspunkte auch nicht von der Petersburger Regierung ausgegangen seien, so sei es doch sicher, daß die schuldigen Beamten nicht bestraft sondern befördert werden seien.

* * *

Die Dienstbotenbewegung in Neu-Seeland. In der australischen Kolonie Neu-Seeland ist die Dienstbotenbewegung schon um ein gutes Stück weiter, als bei uns. Die „Domestic Mo Bil-Union", so wird uns geschrieben, hat Verträge aufgestellt, die jeder, der in seinem Hause Dienstboten beschäftigen will, zu unterschreiben hat. Das englische „servant" (abgeleitet von „serf" — Sklave) wurde ausgemerzt, die dortigen Dienstboten betrachten sich als gleichberechtigte Arbeiter und Arbeiterinnen. Der vom Verband aufgestellte Vertrag läßt eine Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche zu. Die Arbeit beginnt um 6½ Uhr Morgens und endet um 7½ Uhr Abends mit drei halben Stunden für Stunden der Mahlzeiten und eine Stunde zum Ausruhen des Nachmittags. Donnerstag und Sonntag sind Halbfeiertage, an denen die Arbeit um 2 Uhr Nachmittags beendet sein muß. Als volle Feiertage sind hingegen Weihnachtstag, Neujahrstag, Karfreitag, Ostersonntag und -montag, Pfingstsonntag und -montag, Thanksgiving Day (Labour Day) und noch eine Reihe anderer australischer Festtage. Alle obligatorischen Feiertage sind bezahlten, aber die Arbeit muß mit 1 Schilling per Stunde bezahlt werden. Gut verdienende und gebildete Schlafzimmer kennt eine andere Forderung. Für Donnerstags können die Hausangestellten das Recht bis Mitternacht ausdehnen zu dürfen, an anderen Abenden sind sie bereit, um 10 Uhr zurückzukehren.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

In Frankreich nimmt die antimilitaristische Bewegung weiter zu. Jetzt verständigte der Justizminister den Kriegsminister davon, daß nach einer ihm gegenwärtigen Mitteilung seit einiger Zeit antimilitaristische Propaganda innerhalb der Kasernen betrieben wurde, und gab zugleich durch Zusendung von Reisen Zeitung mit antimilitaristischen Artikeln. Infolgedessen richtete der Kriegsminister an die Kommandeure ein Rundschreiben, in dem er diese auffordert, eine genaue Untersuchung einzuleiten und namentlich festzustellen, ob Soldaten an dem „Treibenden" teilgenommen haben. — Das Kriegsgericht in Nantes hat den Leutnant Condit vom 35. Dragoner-Regiment freigesprochen, der beschuldigt war, die Gesangsweise, welche bei der Einführung von Schwestern am 4. Mai d. J. Mißfallen erregt haben. — In Cherbourg wurde gestern wieder Soldaten und Matrosen, Mitglieder einer antimilitaristischen Militärorganisation, verhaftet. — Auf Befehl des Kommandierenden des Wilnaschen Militärbezirks ist Oberleutnant Bechow vor das Kriegsgericht zur Verantwortung gezogen worden. Bechow ist beschuldigt, im japanischen Kriege während einer Schlacht das Kommando einer Kolonne niedergelegt und sich, jedenfalls die Schlacht ausbeutend, an einem ungefährlichen, „feuerfreien" Orte versteckt gehalten zu haben.

Neueste Nachrichten.

Stadt soll wieder einmal gehen.

Berlin, 12. Juni. (H. T.-B.) Der Rücktritt des Kultusministers v. Studt soll, wie die „Berl. N. Nachr." erfahren, unmittelbar bevorstehen. Als Nachfolger wird in unterrichteten Kreisen der Unterstaatssekretär im Reichsamt, Sydow, genannt, der Sohn des früheren Unterstaatssekretär im Kultusministerium. Herr Sydow soll als maßgebender Stelle als ein hervorragender tüchtiger Verwaltungsbeamter geschätzt werden.

Begnadigter Krüppel.

Berlin, 12. Juni. (H. T.-B.) Der Dragoner Peters vom 2. Garde-Dragoner-Regiment, dessen Angelegenheit nahezu ein Jahr das Kriegsgericht und die Oeffentlichkeit beschäftigt hat, ist jetzt begnadigt worden. Peters war wegen militärischer Vergehen, deren er sich Vorgesetzten gegenüber in angetrunkenem Zustande schuldig gemacht hatte, verhaftet worden. Auf dem Wege nach der Militärstrafanstalt war er geflohen und von den den Transport begleitenden Grenadieren zum Krüppel geschossen worden. Nachdem er mehrere Monate sich im Garnisonlazarett aufgehalten hatte, wurde er sowohl vom Kriegsgericht wie vom Oberkriegsgericht zu 1 Jahr 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Plötzliches Ende des Bäckerstreiks.

Berlin, 12. Juni. Der an Zwischenfällen so reiche Lohnkampf im Berliner Bäckereigewerbe ist gestern unerwartet beendet worden. Der Verbandsvorsitzende erklärte in einer zahlreich besuchten Versammlung, der Vorstand halte den Augenblick für gekommen, den Kampf einzustellen, da nach Lage der Dinge in absehbarer Zeit weitere Erfolge nicht erzielt werden können. Die Versammlung faßte einen entsprechenden Beschluß.

Auch der Streik im Berliner Dachdeckergewerbe ist gestern aufgehoben worden.

Ein neuer Ruhrstreik?

Essen (Ruhr), 12. Juni. (H. T.-B.) Unter den Grubenarbeitern tritt eine Bewegung auf. Bei der Thoßen'schen Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" kündigte eine große Anzahl.

Verfolgung der Arbeiterpresse.

Elberfeld, 12. Juni. (H. T.-B.) Die hiesige Strafkammer verurteilte den Redakteur Detel von der „Märkischen Arbeiterstimme" in Solingen wegen Beleidigung des Referendar-Offizierkorps des 53. Infanterie-Regiments zu sechs Wochen und den Redakteur Grenz von der „Remscheider Arbeiterstimme" wegen Beleidigung des Oberstleutnants v. Bodungen in Köln zu drei Wochen Gefängnis.

Fürstliche Gäste bei den Kilometerfresserern.

Frankfurt a. M., 12. Juni. (H. T.-B.) Der geselligen Zusammenkunft der Teilnehmer an der Herkomer-Fahrt im Frankfurter Automobilklub wohnten gestern Abend Prinz Heinrich von Preußen und der Großherzog von Hessen bei.

Stolypin wird keck.

Petersburg, 12. Juni. (H. T.-B.) Stolypin hat an den Präsidenten der Duma einen Brief gerichtet, worin unter aufmerksam gemacht wird, daß durch die Verzögerung der von der Regierung verlangten Auslieferung der wirklich verfolgten Abgeordneten und die Genehmigung ihrer Vorführung vor Gericht die Arbeit der Justiz erschwert werde. Außerdem könnten sich bei dem durch geringe Mehrheit gefaßten gesammten Dumabeschluß Zweifel ergeben, ob er rechtmäßig sei.

Japan wirbt neue Freunde.

Rom, 12. Juni. (H. T.-B.) „Giornale d' Italia" bestätigt daß der Abschluß eines italienisch-japanischen Vertrages in Aussicht genommen sei. Der japanische Staatsmann Takahira werde zu diesem Zweck nach Rom kommen.

Kassel, 12. Juni. (H. T.-B.) 14 Italiener vom Eisenbahnbau fuhren mit einer Draisine zusammen mit einer entgegenkommenden Lokomotive zusammen, wobei ein Italiener getötet, drei andere schwer und drei weniger schwer verletzt wurden.

Madrid, 11. Juni. (H. T.-B.) Das italienische Segelschiff „Jenny" ist auf Argentinien kommend nach 110tägiger Reise in Cadix eingetroffen, nachdem es bereits für verloren galt. Die Besatzung war durch hohen Seegang vernichtet. Die Mannschaft war halbverhungert.

Riga, 12. Juni. (H. T.-B.) Die wegen der Revolte im Zentralgefängnis zum Tode verurteilten acht Revolutionäre wurden gestern in den Sandbergen erschossen.

Paris, 12. Juni. (H. T.-B.) Gerüchtweise verlautet, daß die Jäger und Dragoner in Montpellier gemeutert haben. In Narbonne brannte das seit Jahren mißvergnügte Theater Gallo ab. Es wird Brandstiftung vermutet. (Siehe den Artikel: „Die Rebellion der Winzer".)

Bukarest, 12. Juni. (H. T.-B.) In der Gemeinde Cibbertsche haben rumänische Bauern den Direktor der Güter bei Fürstenfelde, dessen Bestrebungen sich von Rumänien bis nach Lugoj erstrecken, erschlagen.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

11. und 12. Juni:	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Temperatur (C.) . .	+ 24,4	+ 20,7	+ 16,7
Luftdruck bei 0° (mm)	743,8	746,8	745,0
Dampfdruck (mm) . .	8,1	12,8	11,3
Feuchtigkeit (in %)	35	68	79
Windstärke (Grad 0—12) . .	3,8	3,1	2,0
Wetter	wolkig	bedeckt	bedeckt

Parteigenossen und -Genossinnen!

Agitiert unausgesetzt für eure Kampfesorgane, die „Volkswacht", benutzt euch auch ohne Unterlaß, neue Mitglieder zu gewinnen für die Parteiorganisation, den Sozialdemokratischen Verein.

Bestell-Zettel für die „Volkswacht" und Anmeldescheine für den Sozialdemokratischen Verein sind in der Expedition der „Volkswacht", im Partei-Sekretariat, Hans Grupenstraße 5 b, II, und bei den Vertrauensleuten zu haben.

Breslauer Marktbericht.

Notierungen
der städtischen Marktpreisermittlungs-Kommission

Breslau, 11. Juni 1908. Für 100 Kilogramm

	gute		mittlere		geringere	
	höchste	niedr.	höchste	niedr.	höchste	niedr.
Weizen weißer	21.50	20.50	20.50	20.20	20.20	19.50
Weizen gelber	21.50	20.50	20.40	20.10	20.—	19.50
Roggen	18.50	18.00	18.20	18.20	18.00	17.50
Braugerste	17.—	16.50	16.50	16.—	—	—
Hafer	15.50	15.10	15.—	14.70	14.50	14.20
Mais	18.—	17.60	17.50	17.30	17.20	17.00
Stroh	21.50	20.50	20.00	19.50	19.20	18.50
Heu	18.50	18.—	17.50	17.00	16.—	15.50

Erbsen pro 50 Kilogr. 23.50 bis 33.50 Mk.
Linsen pro Ctnr. 30.— bis 38.— Mk.

Breslauer Stadtmehl. Mehl feinst, pro 100 Kilogr. netto. Brutto Weizenmehl 00, feinst 30.— bis 30.50 Mk. Roggenmehl 00, feinst 28.50 bis 30.— Mk. Roggen-Semmelmehl, feinst 28.— bis 29.50 Mk. Roggen-Futtermehl, feinst 13.50 bis 14.— Mk. Weizenkleie, feinst 11.50 bis 12.— Mk.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

C. Fleck, Jn. St.

G., Gleiwitzerstr. Haben Sie am 2. d. M. die Wohnung gemietet und 3 Mk. Angeld gezahlt, so sind Sie nicht berechtigt, einen Tag darauf das Angeld zurückzuverlangen und erweitig zu erklären, daß Sie die Wohnung nicht beziehen. Sie sind vielmehr an den Vertrag ganz einfach, als er rechtlich aber schriftlich geschlossen ist, gebunden, und der Wirt ist im Recht, wenn er das Angeld zurückhält und Ihnen erklärt, daß Sie die Miete für Juli bezahlen müssen, falls in Zeitung bis heute nicht anderweitig vermietet wird.

M. G. Sie kann in dieser Jahreszeit höchstens Anspruch auf Gewährung einer Decke und einer Gummiunterlage haben. Wenn Zahlbett, Bettstelle und Matratze nicht vorhanden, wird aber wegen Zweckmäßigkeit des Bettes beim Amtsgericht anhängig machen.

E. Sutzenn. 1. Wer auf der Invalidität entgegenkommen ist, hat bis zum Schluß des Jahres, daß auf den Zeitpunkt folgt, wo er 70 Jahre alt geworden ist, 2. Eine Frau kann nur dann zur Kinderpflege verpflichtet werden, wenn sie eigenes Einkommen besitzt. Hoffentlich Sie.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftskalender sind im Gewerkschaftssekretariat bei Herrn Herrmann zu haben.

Gewerkschaftskalender.

Mittwoch, den 12. Juni:

Töpfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer 2.

Gastwirtsgehilfen-Verband. Abends von 8—10 Uhr Rechtsschutz im Zimmer 2.

Zentralverband der Schneider. Mitgliederversammlung im Zimmer 3 u. 4.

Arbeiter-Radfahrer-Bezirk „Breslau". Jeden Mittwoch: Bezirksstand.

Sonnabend, den 13. Juni:

Buchbinder. Mitgliederversammlung mit Vortrag. Zimmer: Der bemerkbare Verbandstag.

Montag, den 17. Juni:

Große öffentliche Volks-Versammlung Abends 8 Uhr im großen Saale.

Mitteilungen der Bezirks- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Bezirk 19 (Innere Stadt, westlich).

Donnerstag, den 18. Juni, 8 Uhr Abends, Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder. Referenten werden Mitteilungen.

Sub-Bezirk 4 (Gräbschen).

Sonntag, den 16. Juni, Vormittags 10 Uhr, Spaziergang bei Kamenik. Treffpunkt sind auch die eingegangenen Mitgliedsbücher wieder in Empfang zu nehmen.

Sub-Bezirk 11 (Deutsch-Süd und Umgebung).

Sonntag, den 16. Juni, Vormittags 10 Uhr, Zusammenkunft im bekannten Lokal.

Aus der Geschäftswelt.

Die Breslauer Milch-Molkerei, die seit 1872 bestehende, durch ihre vorzügliche Brunnenkur bekannt, beabsichtigt Unternehmen in Breslau bringt seit Pfingsten d. J. unter dem gesetzlich geschützten Namen Bamf einen Malzkaffee in den Handel, der bei billigem Preis dem Publikum alle Genüsse eines vollwertigen Produkts bietet. Die dem Hauptbetriebe angegliederte Malzkaffeefabrik befindet sich unter fachlicher Kontrolle des Breslauer Laboratoriums. (Siehe Inserat.)

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Nur Gartenstraße 36. — Druck von Oscar Leuck. — Druck von Th. Schatke G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Arbeiter! Breslau-Land! Arbeiter!

Dienstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, bei **Nurr** in **Gräbschen**
und
Mittwoch, den 19. Juni, abends 8 Uhr, bei **Wollin** in **Pöpelwitz:**

Große Volks-Versammlungen.

Tagesordnung: I. „Der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie". Referent: Reichstagsabgeordneter Stücklen, Berlin.
II. Freie Aussprache.

Eintritt 10 Pfg. — Damen sind eingeladen. — Eintritt 10 Pfg.

Zahlreichen Besuch erwartet: Der Einberufer.

Stadt-Theater.
Gastspiel des Wiener Deutschen Volkstheaters.
Mittwoch, zum 1. Male: „Der Blick".
Donnerstag, Abschied-Vorstellung. Zum 1. Male: „Musik und Humanität".

Schauspielhaus
Letzte Woche: Gastspiel des „Kleinen Theaters" Berlin unter Leitung von Oscar Sauerlacke.
Mittwoch 8 Uhr: „Die Heiligenscheinerin", „Die Bestien", „Der goldene Spiegel".
Donnerstag 8 Uhr: Letzte Vorstellung.
Mit 16. Juni: Gastspiel: Max Moris u. Gustav Gerstenberg.

Liebich's Etablissement.
Gastspiel-Cabaret: Roland von Berlin.
Beginn 8 Uhr.
Militär-Konzert.

Victoria-Theater
(Stadtpark Breslau).
Gastspiel
Folies-Caprice.
Im Garten: Jeden Dienstag gutes Konzert.

Zeltgarten
Heute: Großes Konzert.
Einziges Varieté am Platze.

Garten.
Täglich neues Gesellschaft-Programm!
Tom Buttler
Pratke
Eintritt 10 Pfg.

Deutschlandhalle.
Heute: Großes Konzert.
Original-Leipziger Singer.

SCALA.
Einziges sehenswertes Sommer-Varieté
Albrechtstraße Nr. 27.
Heute Mittwoch, 12. Juni: Fortsetzung der bisherigen
Damen-Ringkämpfe
unter Mitwirkung des vorzüglichen Varieté-Programms.
Einlaß 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palmengarten
Heute: Großes Konzert.
Wiener Damen-Orchester „Lasch"
Eintritt frei.

Im Garten mit Aufschnitt
Eröffnung
Bowlen-Ausschank.
Eintritt 40 Pf.

Deutsches Pilsner Bierhalle-Brau
Münchener Qualitäten
Ausgeglich im Geschmack und gut bekömmlich
empfiehlt
Schlesisch Brauhaus
Telef. 1241 **Breslau II** Telef. 1241
Die Brauerei hat in allen Sorten Flaschenbier aber nicht erhältlich.
— Bier gratis — — Bier verteilen —

Pilsner-Ausschank
Inhaber Joseph ex.
Ausschank: 112, 1. Etg.

Schweidnitzer
Sehr gutes und reelles Schwarzbier in Fl. Kisten und Gebinden.
Schweidnitzerstraße 12, 1. Etg.

Die Ausführung der Bandagierung Herrn **Bruno Sommer** findet nicht wie der Nervenklinik, sondern wie der Unfallstelle der Krankenkasse statt.

Bautischler werden an genommen.
Adolf Rothe-Brau, Matthiasstraße Nr. 173.

Bedienungsfrau
gut. Gesuch: Schweidnitzerstr. 51, II. I.

Schreiner werden sofort gesucht.
Sternstraße 46, Hofmann.

Möbel Spiegel. Polsterwaren
in eigener Werkstatt von mir selbst Materialien gefertigt.
Keine Abzahlungsgeschäfte
gewähre aber gern Teilzahlung.
Preise enorm billig.
Wildgarnitur ... 1000 Mk.
Sofaecke ... 24.—
Divan mit Buchstanzung ... 40.—
Schrank ... 40.—
Bettstelle ... 25.—
Spiegel mit Kleiderhaken und Wandverlauf ... 25.—
Divan in guter Stoff ... 30.—
Bettstelle mit Matratze ... 30.—
Kleiderschrank mit dem Kreuz ... 8.—
Tapezieren, Polstern, Polieren auf Kunst- und Lackfarbe nur bei
F. Panzer, Sandstr. 5.

Inhaber-Gesucht!
Durch den Kleinhandel einen auf die „Volkswacht".

Ein Versuch !
im großen
Mode- u. Manufakturwaren-Geschäft
von
S. Oswald
Breslau
unter Zusicherungen, daß Sie Ihr an die günstige Quelle gewandt.
Schnellste Bedienung, großes Auswahl auf
Kredit
bei günstigen Zahlungs-Bedingungen.

Sozialdemokratisches
Liederbuch
von Max Kegel.
Preis 40 Pfg.

Schneiderei-Zuschneide-Schule
Cite Schnitzkunst
Kurse 1, 2 u. 3 Kurse, Eingang Zauntriebstr.

Jul. Kunzigr Fahrrad-Fabrik
Kunzigr Fahrrad
aus gebeutelten Fahrradrohren.
1 gebeutelten Fahrrad Marke Stammrad ... Mark 45.00
1 " " Baumann ... " 50.00
1 " " 1 Jahr Garantie ... " 65.00
1 " " Mars, 2 mal gebeutelt ... " 75.00
2 Jahre Garantie, nur neu.
Reparatur-Reifen werden in Zahlung genommen.
Schlesische Fahrrad-Industrie,
Telephon 7808. Marchstraße 9.

„Zu freien Stunden".
Gesellschaftsspiel (für 10 Personen).
Durch alle Spielwaren- und Papierwaren zu beziehen.

Böttchers Cabaret
Neue Gasse 17—19.
Täglich Vorstellung abends 11 Uhr, vom 7½ Uhr nachmittags Militär-Konzert.

MALZ-KAFFEE-BAMF
BRESLAUER ACTIEN-MALZ-FABRIK
½ Pfd. 30 ₰ ½ Pfd. 15 ₰
MALZ-KAFFEE-BAMF
PRIMA PRIMA
schmeckt rein, voll, würzig, kaffeeähnlich, ist billig, nahrhaft, bekömmlich.
Pakete sind mit obiger Marke verschlossen.

Als besonders preiswert empfehlen wir:
Kulturhistorische Romane
Illustrierte Ausgaben.
Sienkiewicz. Mit Feuer und Schwert. Quo vadis? Von Henryk Sienkiewicz.
Der Graf von Monte-Christo.
Die drei Musketiere.
Von Alexander Dumas.
David Copperfield, von Charles Dickens.
Die Geheimnisse von Paris. Der ewige Jude. Von Eugen Sue.
Der Glöckner von Notre Dame, v. Victor Hugo.
Ben Hur, von Lewis Wallace.
Per Band früher Mk. 2,— jetzt Mk. 0,90
Ausgaben von Maxim Gorkis Werken
Preis per Band 30 Pf.
Mutter. Konowalow.
Tschelkasch. Der rote Waska.
Wassenka Ossinow. Ein Verbrechen.
Das Ehepaar Orlow. Kain und Artem.
Zemeljan Pilajew.
Buchhandlung Volkswacht.

1,800,000.

Die soeben erschienene Nummer 23 des „Correspondenzblatt der Generalkommission" bringt eine vorläufige Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands am Jahresschluß 1906, die eine Ergänzung zu den gestern mitgeteilten Ziffern der letzten 15 Jahre bis 1905 bildet. Nach Industriegruppen geordnet ergibt diese Zusammenstellung ein interessantes Bild der erfreulichen organisatorischen Fortschritte unserer Gewerkschaften. Vergleichen mit den jetzt freilich veralteten Ziffern der Gewerbezählung von 1895 erhalten wir folgende Uebersicht der organisationsfähigen und organisierten Arbeiter Deutschlands:

Berufe	Organisationsfähige nach der Gewerbezählung von 1895	Mitgliederzahl der Zentralverbände am 31. Dezember 1905	1906
1. Baugewerbe	761,777	307,878	382,567
2. Metallindustrie	694,549	297,976	378,555
3. Textilarbeiter	597,905	77,808	111,532
4. Handels- und Transportarbeiter	535,157	78,193	122,511
5. Bergarbeiter	364,583	105,060	110,347
6. Bekleidungsindustrie	369,240	78,495	91,273
7. Holzindustrie	351,821	[illegible]	170,982
8. Nahrungsmittelindustrie	[illegible]	73,255	88,095
9. Gesundheitspflege	213,491	8,008	6,300
10. [illegible]	56,862	4,017	4,530
11. Industrie der Steine und Erden	197,797	48,530	57,840
12. Papier- und Lederindustrie	113,527	40,977	47,125
13. Polygraph. Gewerbe	63,639	67,649	77,889
14. Sonstige Berufe	409,433	98,147	148,620
	5,053,656	1,429,303	1,797,285

Die Gesamtzunahme an Mitgliedern im Jahre 1906 beträgt demnach **367,982**, das ist die größte Zunahme, die die Gewerkschaften bisher in einem Jahre gehabt haben. Sie haben damit in einem Jahre mehr neue Mitkämpfer zu ihren Fahnen gezogen, als die mit so großem Tamtam treu zu Altar und Thron stehenden „christlichen" Gewerkschaften seit ihrem Bestehen zu sammeln vermochten.

Die Quartalsabrechnungen für das erste Quartal des laufenden Jahres, die bisher veröffentlicht worden sind, lassen auf einen regen Zuwachs an Mitgliedern in den Zentralverbänden und in diesem Jahre schließen. Wenn nicht alle Zeichen trügen, werden wir in den nächsten Monaten die **zweite Million** voll haben.

Zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder, das wird die Morgengabe der deutschen Arbeiterschaft an den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongreß, wenn dieser am 18. August in Stuttgart auf deutschem Boden zusammentritt. Arbeiter, hinein in die Gewerkschaften!

Generalversammlung des Zentralvereins für alle in der Hut- und Filzwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Guben, den 8. Juni 1907.

Am Sonnabend Morgen traten die Delegierten zu einer letzten Sitzung zusammen.

Zunächst wird ein Antrag Luckenwalde über die Stellungnahme zur Maifeierfrage besprochen, der folgenden Wortlaut hat:

„In Betrieben, wo vier Fünftel der Beschäftigten in unserem Verein organisiert sind, und mindestens drei Viertel der Mitglieder in geheimer Abstimmung für Arbeitsruhe am 1. Mai entscheiden, haben diese Mitglieder seitens des Vereins, falls Differenzen hieraus entstehen, Anspruch auf Unterstützung."

Jänicke-Luckenwalde befürwortet den Antrag. Möckel-Berlin hält es für angebracht, auch einmal eine Umfrage vorzunehmen, wie viele der Kollegen auch politisch organisiert seien. — Heinzmann-München bedauert, daß so viele Kollegen noch nicht wüßten, was sie am 1. Mai zu tun hätten. — Pfützner-Dresden ist gegen den Antrag. Die Forderungen des 1. Mai seien Ideale, die sich nicht bezahlen ließen. Wer am 1. Mai feiere, müsse auch die Folgen auf sich nehmen.

Cronwald-Berlin wendet sich gegen Pfützner; er werde sich seinerzeit wegen der Maifeierfrage mit den Kollegen im „Korrespondent" auseinandersetzen.

Streich-Berlin ist gegen den Antrag, weil die Fabrikanten manchmal nur darauf warten, daß die Arbeiter feiern. — Becker-Berlin ist im Prinzip dafür, doch wünscht er vorher eine Umfrage.

Der Antrag wird darauf mit einigen Abänderungen und Zusätzen angenommen.

Die Statutenänderungen sollen am 1. Oktober 1907 in Kraft treten, mit Ausnahme derjenigen, die die Vereinfachung der Abrechnung betreffen, die am 1. Januar 1908 in Kraft treten. Die Erläuterungen zum Statut sollen auch in diesem Jahre diesem angeheftet werden. Das Protokoll der Generalversammlung wird, wie früher, gratis an die Mitglieder abgegeben werden.

Der § 29 des Statuts, Wahlreglement für General-Versammlungen, erhält folgende Fassung:

„Auf Wahlkreise bis zu 150 Mitgliedern ist je ein Delegierter, auf Wahlkreise resp. Filialen von über 150 bis 200 Mitgliedern ist je ein Delegierter, auf Wahlkreise resp. Filialen von 200 bis 250 Mitglieder ist je ein Delegierter, auf Wahlkreise resp. Zahlstellen über 250 Mitglieder für jedes vollendete 250 je ein Delegierter zu wählen.

Die Anwendung je nach Sachlage bleibt dem Vorstande überlassen."

Metzschke erhält dann das Wort zu einem Referat über „Die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks". Besonderes Gewicht sei auf die Vorbereitung zu legen. Dazu gehöre in erster Linie, daß eine eifrige Agitation zur Gewinnung von neuen Mitgliedern zu entfalten sei, damit, falls die Arbeiter vor die Alternative eines Streiks gestellt seien, das Gros derselben organisiert sei. Nachdem er über die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Kampfmittel gesprochen, und dabei besonders den Boykott empfahl, schilderte er, wie die Organisation der Unternehmer jetzt an die Stelle der einzelnen getreten sei und wie sich dadurch die ganze Sachlage verschoben habe. Besonders sei vor den wilden Streiks zu warnen; man müsse kaltblütig die Vor- und Nachteile abwägen, dazu seien aber Leute, die mit Begeisterung impulsiv in den Kampf eintreten, nicht fähig. Man müsse in allen Fällen Lohnbewegungen genügend vorbereiten und die richtige Zeit dazu abpassen. Ob Mitglieder streiken wollen, darüber haben die Beteiligten selbst zu entscheiden und nicht die Mitglieder-Versammlungen. Darüber, ob sie streiken dürfen, haben die Vereinsorgane zu entscheiden. Auch sei darauf zu achten, daß ein Beschluß über eine Lohnbewegung möglichst einstimmig von den Beteiligten gefaßt werde. Referent ist nicht dafür, daß Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung mit einander verquickt werden. Er weist darauf hin, daß zum Beispiel die Buchdrucker wohl eine Lohnerhöhung, wenn auch keine besonders hohe, erreicht haben, aber nur eine äußerst minimale Arbeitszeitverkürzung. Man habe es auch bei dem Holzarbeiterkampf in Berlin gesehen, wo es sich in der Hauptsache um Arbeitszeitverkürzung gehandelt habe, mit welcher Energie sich die Unternehmer gegen eine solche wenden. Lohnerhöhungen seien eher zu erreichen. Darum müsse man die Forderungen einzeln stellen. Bei allen Verhandlungen mit Unternehmern müsse jedesmal ein Vertreter des Vorstandes hinzugezogen werden, man könne dadurch die Unternehmer allmählich zur Anerkennung der Organisation erziehen. Bei jedem Streik müssen, wenn es notwendig ist, die ledigen Kollegen abreisen, um die Streikkasse zu entlasten und dem Orte die Arbeitskräfte zu entziehen. Dagegen werde von den Kollegen noch schwer gesündigt. Man solle doch auf andere Organisationen blicken, wie zum Beispiel die Maurer, die prompt dem nachkommen, was im Falle eines Streiks notwendig ist. Auch sei unbedingt erforderlich, daß der Vorstand überall eingreifen könne. Nicht aus Rechthaberei, sondern im Interesse des Zentralvereins. Es müsse überall darauf gedrungen werden, Lohntarife einzuführen, weil gerade in der Hutindustrie ein unglaublicher Unterschied in der Bezahlung der gleichen Arbeiten in zwei Fabriken an denselben Orten bestehen. Tröltzner-Dresden empfiehlt als Kampfmittel die passive Resistenz in solchen Fällen, wo eine solche angebracht ist. Seppner-Breslau empfiehlt die Abwehrtaktik der Breslauer Filiale.

Darauf erhält Nr. 1 des Streikreglements 1. Satz folgenden Wortlaut:

„Arbeitseinstellungen und Sperren über Werkstellen können nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Filial- und Vereinsvorstandes erfolgen."

Ziffer 5 wird auf Antrag Luckenwalde dahin umgeändert, daß

„in Fällen, wo beabsichtigt wird, in eine Lohnbewegung einzutreten, ist dem Verbandsvorstand mindestens 14 Tage vorher Mitteilung zu machen."

Auf eine Anfrage von Möckel-Berlin, ob es nicht angebracht sei, eine Umfrage unter den Mitgliedern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Partei zu veranstalten, weist Metzschke darauf hin, daß das Sache der örtlichen Gewerkschaftskartelle sei, daraufhin hält es die General-Versammlung für wünschenswert, daß sich sämtliche Mitglieder an allen von den Gewerkschafts-Kartellen veranstalteten statistischen Erhebungen beteiligen.

Auf Antrag Heinzmanns-München wird dem Vereinsvorstand einstimmig Decharge erteilt. Darauf spricht die General-Versammlung dem bisherigen Hauptkassierer des Vereins, dem Kollegen Behrens-Altenburg, ihren Dank aus für seine langjährigen, dem Verein geleisteten Dienste.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schließt um 12 Uhr Mittags die 9. General-Versammlung.

Partei-Angelegenheiten.

Internationale sozialistische Konferenz. Zu unserer gestrigen Mitteilung tragen wir noch nach, was in Bezug auf die zukünftigen Abstimmungen bei internationalen Kongressen beschlossen worden ist. Der internationale Sekretär Huysmans legt einen Entwurf vor, der den verschiedenen Sektionen bis zu 20 Stimmen zuteilt. Nach einer Beratung mit einem Unterkomitee wurden die nachstehenden Ziffern festgesetzt:

20 Stimmen erhalten: Rußland, Deutschland, Oesterreich-Böhmen, Großbritannien, Frankreich; 14 Stimmen: die Vereinigten Staaten; 15 Stimmen: Italien; 12 Stimmen: Belgien; 10 Stimmen: Polen, Schweiz, Dänemark; 8 Stimmen: Schweden, Finnland, Holland, sowie Australien, wenn die Einigung der dortigen Partei vollzogen wird; 6 Stimmen: Norwegen, Ungarn, Spanien; 4 Stimmen: Bulgarien, Argentinien, Rumänien, Japan, Serbien und Südafrika, sowie eventuell Australien; 2 Stimmen erhält Luxemburg.

Zum Punkt Einwanderung und Auswanderung ausländischer Arbeiter wird auf Vaillants Antrag auch die Behandlung der Saisonwanderungen beschlossen. Singer teilt mit, daß die deutsche Partei den Genossen Schwedel mit der Sammlung des Materials über die Einwanderungs-Gesetze in den verschiedenen Staaten betraut habe. Die Arbeit werde bis Ende Juni in der „Neuen Zeit" fertig vorliegen.

Aus dem Bericht des internationalen Sekretärs für die Monate April und Mai entnehmen wir folgendes: Die zionistisch-sozialistische Arbeiterpartei verlangt die Zulassung zum Internationalen Bureau. Die Partei, die sich auf Rußland, Galizien und Amerika erstreckt, soll nach den Angaben des Komitees bereits 21.000 Mitglieder zählen. Der Antrag wird damit begründet, daß die Partei auf den sozialistischen Prinzipien basiere, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel als das Ziel des politischen und ökonomischen Klassenkampfes anerkenne ferner, daß sie die Eroberung der politischen Macht als das Mittel betrachte, das kapitalistische Regime und die Klassenherrschaft der Bourgeoisie endgültig zu beseitigen. Die Sonderorganisation wird unter Hinweis auf die Existenz einer besonderen jüdischen Frage begründet, die ihre Lösung finden müsse in der Kolonisation Palästinas durch die Juden.

Süd-Afrika. Einem Bericht von Johannesburg zufolge ist eine „Südafrikanische Sozialistische Konferenz" konstituiert worden. Dieser sind alle englischen, deutschen, romanischen und russischen sozialistischen Vereinigungen der südafrikanischen Kolonien beigetreten, um eine Einigung aller Sektionen zu erzielen. Die Konferenz hat bereits drei Delegierte für den Stuttgarter Kongreß gewählt, und den Genossen Sutherland zum internationalen Sekretär.

In Australien ist der Genosse Tom Mann zurzeit bemüht, die sozialistischen Parteien der australischen Staaten in eine Gesamtpartei zusammenzuschließen.

Publikationen des Bureaus. Im April ist der offizielle Bericht der Tätigkeit des Bureaus vom 10. November in drei Sprachen (96 Seiten) zum Preis von 1 Franks erschienen. Ende Juni soll der Bericht (1. Band) der angeschlossenen Landesorganisationen über ihre Tätigkeit von 1905 bis 1907 erscheinen (Circa 400 Seiten, 2,50 Franks.) Der 2. Band erscheint Ende Juli in annähernd derselben Stärke.

Die erneute Diskussion der deutschen Maifeier tritt der „Vorwärts" in einem Artikel unter Mitteilung des bisher erwachsenen Materials mit folgenden Worten an: „Wir halten die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai einer durchaus objektiven

Ein rettendes Interview.

Von Parvus.

(Nachdruck verboten.)

Es war zur Zeit der Dezemberkämpfe 1905 in Petersburg. Die Polizei gab sich alle Mühe, das Exekutivkomitee des Deputiertenrates der Petersburger Arbeiter, das den Massenstreik leitete, abzufangen. Ueber Petersburg wurde damals der Belagerungszustand verhängt. Soldatenpatrouillen durchzogen die Stadt, auf den größeren Plätzen waren förmliche Kriegslager, jeden Augenblick passierten durch die Straßen in leichtem Trab Pelotons Kosaken. Alle Brücken, alle Newaübergänge, die wichtigsten öffentlichen Gebäude und die elektrischen Zentralen wurden militärisch bewacht. Die Schutzleute bekamen mächtige Flinten, mit denen sie sich recht unbeholfen bewegten. Es wimmelte in der Stadt von Spitzeln und verkleideten Polizisten. Die Eingänge zu den Wohnungen der Deputierten wurden genau auf jeden, der ein- oder ausging, hin. Wir versammelten uns dennoch jeden Abend und tagten bis spät nach Mitternacht; das Präsidium aber blieb den ganzen Tag zusammen, um Nachrichten über den Fortgang des Streiks, Zusammenstöße mit dem Militär usw. entgegenzunehmen und die nötigen Dispositionen zu treffen. Während der Sitzungen des Exekutivkomitees stellten wir regelrechte Posten auf, die über Annäherung von Polizei oder Militär und überhaupt über jede verdächtige Bewegung oder Persönlichkeit sofort Meldung zu erstatten hatten. So entgingen wir wiederholt der Verhaftung. Wir versammelten uns in Privatwohnungen, wobei es oft sehr eng zuging, in Geschäftslokalen, einmal auch hinter den Kulissen eines Theaters; wiederholt war das luxuriöse Palais einer Dame der hohen Aristokratie unser Ziel, noch häufiger drängten wir uns in ärmlichen Proletarierwohnungen zusammen, wo eine flackernde Petroleumlampe nur noch den Präsidententisch beleuchtete und den dichgefüllten Raum im Hintergrunde in düstere Zwielichter hüllte.

An einem Tage war ein stark besuchtes Bureau zum Sitz des Präsidiums gemacht. Es befand sich im ersten Stockwerk und hatte geräumige Zimmer und Gänge. Tag war es besonders, was uns dieses Lokal recht machte. Am Vormittag kam ich hin. Ich hatte aber noch keine Zeit, mich umzusehen, als der Alarmruf erscholl: „Die Polizei ist da!" Diese traf rasch ihre Dispositionen. Alle Ein- und Ausgänge wurden abgesperrt, wo man hinblickte, sah man Schutzleute, in den Hof wurde Militär eingeleitet. Ich saß da, wie der Fuchs im Eisen.

Ich hatte Skripturen bei mir, die keinen Zweifel zuließen über meine Zugehörigkeit zum Präsidium des Deputiertenrates.

Da durchzuckte mich ein rettender Gedanke. „Sie verstehen doch deutsch?" — wandte ich mich an einen jungen Ingenieur, der neben mir zu stehen kam. — „Ja", antwortete er. — „Also, aufgepaßt! Von nun an spreche ich kein Wort russisch. Ich bin ein ausländischer Berichterstatter, der hierher kam, um Sie zu interviewen — und zwar über die Kampfbedingungen in Rußland. Zeigen wir uns. Sie antworten auf meine Fragen, doch bitte, bewahren Sie Ruhe." Ich zog mein Notizbuch aus der Tasche und skizzierte rasch das Interview. Mein Partner war in dem ersten Augenblicke etwas nervös und ungeduldig, doch fand er sich bald in die Situation. Ich schloß mit den Worten: „Die Unterredung wird durch die Polizei unterbrochen, die eine Haussuchung vornimmt."

Im Hause herrschte großer Trubel. Es waren eine Menge Leute da, die in den verschiedensten geschäftlichen Angelegenheiten nach dem Bureau kamen und nunmehr gefangen gehalten wurden. Der Polizeihauptmann mit zwei Leutnants installierte sich in einem größeren Saale. Hier wurden nach und nach alle versammelt. Jeder der Anwesenden mußte vortreten, um sich zu legitimieren und ausgefragt zu werden; darauf wurde an ihm eine Leibesvisitation vorgenommen. Herausgelassen wurde vorderhand niemand. Man beschwerte sich, protestierte, lärmte und lärmte. In der allgemeinen Aufregung kam dieser und jener viele, die mich gar nicht kannten, auch an mich heran und machten in heftigen Worten ihrem Verdruß gegen die Polizei Luft. Meine Antwort war ein stummes Mienenspiel, in dem viel Mitgefühl, aber wenig Verständnis zu lesen war.

Ich nahm meinen Ingenieur unter den Arm und ging mit ihm zum Tisch des Polizeihauptmanns. „Dieser Herr ist ein Ausländer" — begann mein Begleiter, er ist Berichterstatter, er hat eine Anzahl Geschäfts- und Fachleute über die Kampfbedingungen interviewt und war gerade daran, mich auszufragen, als Ihr Besuch uns unterbrochen hat. Er wird jetzt eine schlechte Vorstellung bekommen von unseren russischen Zuständen. Lassen Sie ihn wenigstens sofort frei, die Sache ist auch jetzt schon skandalös genug!"

„Wie heißen Sie?" — frug der Polizeihauptmann und warf mir einen scharfen Blick zu, hinter dem jedoch, zu meinem großen Vergnügen eine gewisse Unsicherheit lauerte.

Ich nannte einen tschechischen Namen.

„Ich spreche wenig russisch — radebrechte ich — ich bin Slawe, aber ich spreche mir russisch. Sprechen Sie vielleicht deutsch?" Dann, ohne erst eine Antwort abzuwarten, redete ich, so geläufig ich nur konnte, deutsch auf ihn ein und hielt ihm mein Notizbuch mit dem Interview vor. Ich sah, daß er nichts davon verstand, aber mein Redestrom machte Eindruck — ab und zu legte mein Begleiter ein Wort dazwischen, um mich zu erklären — der Polizeimensch glotzte mich verdutzt an. Schließlich rief er den Schutzleuten an der Tür zu: „Nach Waffen durchsuchen! Hat er keine — freilassen!"

Die Schutzleute betasteten meine Taschen. Im Flur wurde mein Ueberzieher heruntergeholt und durchsucht. „Sie können gehen!" Ich zog den Ueberzieher an, setzte den Hut auf. Dann hob ich meine Gummischuhe in die Höhe und hielt sie den Schutzleuten vor die Nase: „Nix Browning!" Die Umstehenden lachten.

„Adieu!" Ich schwenkte den Hut und entfernte mich. Stücke Stunden später trat das Präsidium des Deputiertenrates wieder zusammen.

Aus aller Welt.

Der Kletterer in der Falle. Auf einer Bank auf dem Hauptbahnhof in Berlin war kürzlich ein Mann in Schlaf empfindlich bestohlen worden. Erbost darüber, machte er sich daran, den Kletterer zu fangen. Seine Mühe legte er sich nieder auf jene Bank, während der Freund von Gut sich in einem Winkel versteckte. Es dauerte nicht lange, da legte sich der Mann neben ihn, tastete ein paar Mal so laut als möglich und schlug dann zu Arm. Als auch das ihn nicht weckte, griff er kurzhand in die Hosentasche, in der er die Börse vermutete. Im Nu hatte der „Kerl" an der Kehle. Der Kletterer wehrte sich lange und gab sich erst gefangen, als auch der Mann aus dem Versteck erstand und ihn mit dem anderen wacker bearbeitete. Auf der Wache ...

und politischen Erörterung für zulässig. Eine solche politische Diskussion ist aber nur dann möglich, wenn man sich vergegenwärtigt, von welcher Seite und mit welchen Gründen sich bei jeder Gelegenheit gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai erheben, Stimmen, die sich gerade auf dem internationalen Kongreß zu Stuttgart besonders vernehmlich machen dürften. Die Frage der Maifeier ist von solcher Wichtigkeit für Partei und Gewerkschaften, daß es ihnen heute an der Zeit ist, sich mit den Einwendungen gegen die Arbeitsruhe zu beschäftigen. Nur dann, wenn die Masse unserer Partei- und Gewerkschaftsgenossen sich selbst mit der Frage befaßt und ihre Meinung darüber ungeschminkten Ausdruck gegeben hat, darf sie auch erwarten, daß die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses in ihrem Sinne ausfallen werden." In seinen weiteren Ausführungen meint der „Vorwärts" zur Sache selbst: „Die Bestrebungen der Gewerkschaften scheinen gefährdet, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Parteigenossenschaften die Arbeitsruhe ja nicht für alle Fälle fordern, sondern nur da, wo ihre Durchführung ohne Gefährdung der Arbeiterinteressen möglich ist. Liegt in einer Branche die Situation so ungünstig, daß schwere Kämpfe, wirtschaftliche Schädigungen der Organisation von der Arbeitsruhe zu befürchten sind, so ist es selbstverständlich das gute Recht der Gewerkschaften, von der Arbeitsruhe in dem betreffenden Jahre Abstand zu nehmen. Kein Parteigenosse, kein noch so eifriger Bestimmer der Arbeitsruhe am 1. Mai wird daraus den Gewerkschaften den geringsten Vorwurf machen. Sofern nur eine ehrliche prinzipielle Gleichgültigkeit über die Zweckmäßigkeit einer möglichst allgemeinen Arbeitsruhe geschaffen wäre. Diese prinzipielle Gemeinschaft der Auffassung über die Arbeitsruhe ist die „feste Norm", die verschiedene Parteiblätter so lebhaft wünschten. Die Verwirklichung dieser Norm kann nicht geschaffen werden durch verbürgte Kommentarbestimmungen, sondern nur durch ehrliche, vorbehaltlose, rückhaltlose Verständigung zwischen den Gliedern der einigen, unabhängigen Arbeiterpartei herbeigeführt werden, die dasselbe Ziel verwirklichen will."

In der Parteipresse nehmen verschiedene Arbeiter zu der Frage Stellung, teils lehnen sie der Arbeitsruhe ablehnend gegenüber und wollen sich auf die Abendfeiern beschränken, teils befürworten sie die Aufrechterhaltung des alten Zustandes. In Breslau, Köln und Dresden sind in früheren Jahren Anträge gegen die Arbeitsruhe angenommen worden; es wird sich vielleicht empfehlen, die gegenwärtige Meinung der Genossen in Versammlungen vor dem internationalen Kongreß festzustellen.

Eine Vertragsbewegung wird in Hamburg erfolgen. Vor einigen Wochen hatte die Delegiertenversammlung der Hamburger Landesorganisation beschlossen, über die von den Arbeitern der drei Vertragsorte angestrebte Vertragsverbesserung von 30 auf 40 Pf. pro Stunde eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Das Abstimmungsresultat liegt nun vor. In allen drei Orten wurde mit großer Mehrheit die Vertragsverbesserung angenommen. Für die Erklärung votierten 17[illegible], dagegen nur 77[illegible] Genossen. Die bereits mit Vierstundenarbeit bestehenden Vertragsverbesserungen tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft. Der Beitrag für weibliche Mitglieder beträgt nach wie vor 10 Pf.

Bei den Gemeindewahlen in Zweibrücken (Baden) erhielt die Sozialdemokratie 117—120 Stimmen, die Bürgerlichen [illegible] mit 164—170 Stimmen. Der „Volksfreund" erklärt, daß man einstweilen mit diesem Resultat zufrieden sein könne.

Ein Grabdenkmal wollen der Genossen Zielinski dem verstorbenen Genossen August Dreschsch errichten. Das Komitee des sozialdemokratischen Vereins für den 11. hessischen Landtagswahlkreis (Mannheim) ersucht, Beiträge zu diesem Zwecke an den Vorsitzenden Fr. Schäfer in Mannheim, R. 5, 34 II zu richten. Ueber die eingegangenen Gelder wird in der Mannheimer „Volksstimme" und im „Volksfreund" Quittung erteilt werden.

Vertreter aus Südafrika. „The Cape Socialist" (Kapstadt) teilt mit, daß der Genosse Morton Lewis und Genossin Sam de Sozialisten von Südafrika auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart vertreten werden.

Arbeiterbewegung.

Unternehmerterrorismus. In den Flechtmaschinenfabriken von Elberfeld und Barmen hatten vor einiger Wochen die Arbeiter der Arbeit eingestellt, und als sie nicht nach Wunsch der Unternehmer zu Kreuze kriechen wollten, haben die Inhaber von 27 Fabriken die Arbeiter ausgesperrt und die Betriebe stillgelegt. Jetzt ist der Maschinenfabrikantenverein Barmen-Elberfeld an das rheinisch-westfälische Unternehmertum der Maschinenbranche Cirkulare versandt, in denen die Arbeitgeber aufgefordert werden, „bei der Annahme von Arbeitern äußerst vorsichtig zu Werke zu gehen" und „bis auf weiteres überzählige Arbeiter aus dem Maschinenfach auszuschließen". Es handelt sich um Bauer, Weber, Schlosser, Drucker, Schmiede, Schlosser und Hilfsarbeiter, die mit Mißhelligkeiten vom 11. Mai ab verlassen haben". Zum Schluß gibt der Verein der Hoffnung Ausdruck, „daß es uns bisher Mitglieder lohnt, um Sie zur Unterstützung unserer Maßnahmen durch Nichteinstellung unserer Arbeiter zu veranlassen". — Wie sagte doch Wilhelm II: Schwerste Strafe dem, der einen anderen an freiwilliger Arbeit hindert!

Zum Streik im Berliner Baugewerbe ist zu berichten, daß von den seit Montag von im Ausland befindlichen Bauern 400 die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Im Streik befanden sich noch gegen 400.

In Stadt und Umgebung befinden sich gegenwärtig 4000 Bauhilfsarbeiter. Von den Maurern sind noch rund 3000 ausgesperrt und im Ausland; 3000 arbeiten zu neuen Bedingungen auf 525 Bauten. Im vergangenen Frühjahr 1905 Streikende in Berlin und den Vororten gemeldet. In Berlin befinden sich außerdem noch 500 aktive und gegen 1000 Mitglieder. 525 Betriebe liegen gänzlich still. Auf 30 ruht die Arbeit zum Teil. Die Zimmerer hatten an ihrer Forderung, 9½stündige Arbeitszeit und 80 Pfg. Stundenlohn fest. Ein Ende des Kampfes ist noch nicht abzusehen.

Selbstmord durch Auswanderung. Auf den Bahnhöfen des Ruhrkohlen-Steinkohlenbergbaues bei Zwickau kamen in den letzten zwei Tagen gegen 600 Bergleute, das sind fast ein Drittel der gesamten Belegschaft, ihre Entlassung, um nach dem Rheinland aufzuwandern. Man will hier Ausstand beginnen, sondern durch Einschränkung der Förderung zum Ziele gelangen.

Sieg der Maler in Chemnitz. Eine öffentliche Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher hat mit 186 gegen 53 Stimmen dem neuen Tarif einer Zwischenkommission zustimmt, wonach der Arbeitszeit 10 Pf. erhalten sind eine 11prozentige Erhöhung des Minimallohnes für die Maler und eine 14prozentige für die Anstreicher. Wie die Minimallöhne bereits gezahlt werden, tritt eine Erhöhung von 2—3 Pf. pro Stunde ein.

Der Ausbeutungsgrad der Maschinisten und Heizer der Rheinschiffahrt hat Interesse, einer gelegentlichen Kontrolle unterzogen zu werden. Vom Tage der Einrichtung des Tarifs ab konnten jeden Abend Betrachtungen an allen Fahrten- und Ruhetagen des Vereins tun, die sämtlich für zutreffend bestimmt waren, wenn auch die letzten Indifferenten sich einfanden. Eine Anzahl Heuen im dicken Winter führen bis zu 3 Mark gewährten, um allgemeinen Arbeitgeber-Verbande Mannheim-Ludwigshafen beschlossen von der niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wurde genommen, daß Bestimmungen über die Arbeitszeiten feststehen und schließlich Lage meinem Beschluß erfolgen sollten. Der Verbandsvorstand der Maschinisten und Heizer erschien, an allen Orten Verhandlungen eingeleitet, und es liegt nun an den Unternehmern, eine vielgeschätzte Gemeinschaft zu bekennen.

Die Buch- und Steindruckereibesitzer in Nürnberg suchen nun den Arbeitgebern die Anerkennung des mitgeteilten Landesvertrages.

Die Schlosser in Nürnberg haben ihre Bewegung durch Abschluß eines Lohnvertrages beendigt. Die Arbeitszeit wird jetzt 9 Stunden und vom 1. April ab 8½ Stunden. Neben einer allgemeinen Lohnerhöhung von 2 Mark pro Woche wurde auch ein Mindestlohn von 22 Mark für alle Gehilfen, die schon ein Jahr als Gehilfe tätig sind, zugesichert. Gehilfen im ersten Jahre erhalten einen Stundenlohn von 30 bis 32 Pfennig. Für Ueberstunden erreichen die Schlosser die Bezahlung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden.

Die Einrichtung eines Arbeitersekretariats haben die Gewerkschaften in Bayreuth beschlossen. Das Sekretariat soll am 1. August dieses Jahres seine Tätigkeit beginnen.

Der Druckereiarbeiterstreik in Meerane in Sachsen hat schließlich in den Ausstand geendet. Es wird gemeldet: Anerkennung eines Tarifvertrages mit festen Löhnen und Festsetzung von bestimmten Arbeitszeiten.

Die Bauhilfsarbeiter in Kiel sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern die Einführung des Acht- und Zehnstundentages bei gleichem Arbeitslohn und einen Mindestlohn von 30 Pfennig.

Die Gastwirtsgehilfen in Bayreuth haben in ihren Arbeitszeitverhältnissen keine Verbesserungen erreicht. Während die tägliche Arbeitszeit von 16 auf 9½ Stunden herabgesetzt worden ist, wurde der Stundenlohn von 40 auf 32½ Pfennig gekürzt.

Die Maurer in Zeuz, die in eine Lohnbewegung eingetreten sind, beschlossen in einer von 400 Personen besuchten Versammlung den allgemeinen Streik.

Die Schuhmachergesellen in Zweibrücken haben ihre Lohnbewegung durch Abschluß eines Lohnvertrages beendigt, der den Gesellen eine Lohnerhöhung von [illegible] bringt.

Zum Streikstatt der holländischen Zeitungen ist bemerkenswert. Die Generalversammlung des Bundes der Zeitungsverleger hat mit großer Mehrheit den Vorschlag der Streikenden angenommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. Juni.

Geschichtskalender.

12. Juni.

1815 Gründung der deutschen Burschenschaft.
1819 Gestorben Wandsbeck.
1885 Karl Hölzberg †.

Die deutsche Auslandspolitik

hat im Laufe der letzten Jahre Deutschland immer mehr isoliert und in schwere Gefahren gebracht. Wenn aber die Sozialdemokratie im Reichstage, in Versammlungen und in der Presse eben deshalb gegen diese Art von Auslandspolitik Protest erhob, dann verdächtigte man sie als

vaterlandsfeindlich und hochverräterisch.

Um diese Angriffe gebührend zurückzuweisen und unter der Breslauer Arbeiterschaft Aufklärung über diese immer wichtiger werdende Seite unserer Gesamtpolitik zu bieten, findet Montag, den 17. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses eine

große Volksversammlung

statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Genosse Daniel Stücklen aus Berlin über das Thema:

Die auswärtige Politik Deutschlands und die Sozialdemokratie

sprechen wird.

Im Anschluß an diese Versammlung wird dann Genosse Stücklen für den

Landkreis

Dienstag, den 18. Juni, in Gräbschen bei Kurr, und Mittwoch, den 19. Juni, in Töpelwitz bei Wollin über das Thema: Der Kartell-Reichstag und die Sozialdemokratie" reden.

Arbeiter, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen!

Das Streiklager auf der Straße.

Im Zuge der [illegible] liegt das Dorf Stöbbel. Seine Einwohnerschaft setzt sich zu einem großen Teile aus Arbeitern zusammen, die in den zwischen Stöbbel und Dunkelau sich hinziehenden Steinbrüchen beschäftigt sind. Ein großer Teil der Arbeiterwohnungen machen nur in Schuppen, welche den Steinbruchbesitzern gehören. Die Hütten zeichnen sich zu einem guten Teil nun zwar nicht gerade durch besondere Wohnlichkeit und hygienische Tadellosigkeit aus, sie sind auch von den Unternehmern nur gebaut worden, weil die Arbeiter sonst nirgends im Dorfe und seiner Umgebung hätten untergebracht werden können, weshalb manchen die Herren Steinbruchbesitzer ihre sozialen Fürsorge und Menschenfreundlichkeit, die sie sogar Arbeiterwohnhäuser erbauen ließen, vor der Oeffentlichkeit stets in das rechte Licht zu setzen.

Nun hat aber um geringfügiger Forderungen der Stöbbeler Arbeiter willen bekanntlich seit fast 5 Wochen in jener Gegend ein heißer Kampf. Die Arbeiter haben trotz allen Verlockungen all die Wochen hindurch ausgehalten, sie haben es verhindert, Streikbrecher so gut wie gänzlich fern zu halten. Nun benutzen die Unternehmer mit einem letzten Mittel. Der Streik der Steinbruchbesitzer sollte nun vor aller Oeffentlichkeit offenbar werden. Wir haben jüngst bereits berichtet, daß in den Versammlungen, welche die Breslauer Steinbruchbesitzer mit ihren Arbeitern abhielten, auch eine Bestimmung befindet, wonach mit Zustimmung des Arbeiterausschusses auch das Wohnen

[illegible]

[illegible]

[illegible]

gültig verankert ist. Diesen Vorgehen haben nun die Gutsbesitzer als letzten Trumpf gegen die Streikenden entgegengesetzt. Sie haben den einzelnen Familien — gegen 60 von ihnen wohnten in Arbeiterwohnungen — durch ihren Rechtsanwalt die Aufforderung zur sofortigen Räumung der Wohnungen gegeben lassen. Der größere Teil von ihnen hat darauf die Wohnungen verlassen, man hat versucht sie bei Freunden und Kollegen unterzubringen, so gut es eben ging.

Gegen diejenigen aber, die aus irgend welchen Gründen der Räumungsaufforderung nicht folgen konnten, geht man nun mit allem Terrorismus vor: man setzt die Leute samt ihrem Hausrat auf die Straße. Leute, die bei den Unternehmern 8, 10 und 13 Jahre gearbeitet haben, und die das Geld verdienen mußten, von dem die „Marterkasernen", wie jene Arbeiterhäuser von den Streikenden genannt werden, gebaut wurden, sie werden herausgeworfen. Mancher dieser Armen hatte sich in den Wohnungen etwas häuslicher eingerichtet, vielleicht ein Schweinchen, einige Gänse oder dergleichen sich gehalten, um im nächsten Winter etwas Vorrat zu haben. Und nun mußte dieses Kleinvieh billig verkauft oder vorzeitig abgeschlachtet werden.

Und wie ging man bei der Exmission vor? Am vorigen Sonnabend wurden im strömenden Regen zwei Familien aus ihrer Wohnung geworfen, obgleich sie kranke Kinder haben, so der Arbeiter Frost, dessen achtjähriges Söhnchen an Lungenentzündung schwer darniederliegt. Am Montag begann dann die Exmission von neuem. Da war eine Frau mit 7 Kindern, der Mann liegt irgendwo in Sachsen im Krankenhaus. Auch zu der kam der Gerichtsvollzieher. Alles Bitten und Jammern, wie sie nun mit ihrem kleinsten Kinde, das im Kinderwagen schlafe, hier solle, alles half nichts, die wenigen Habseligkeiten wanderten in den Chausseegraben, und die Frau konnte sehen, wo sie mit ihren Kindern blieb.

Nur der Arme hat Erbarmen mit dem Armen. Und so hat man denn versucht, die aus ihren Wohnungen Vertriebenen unterzubringen, so gut es ging. Während die Arbeiterhäuser leer stehen und die kahlen Fenster den Vorbeiwandernden angrinsen, als wollten sie ihn verlachen, weil er noch etwas Glauben an Menschlichkeit gehabt hatte, sind die Scheunen der Besitzungen — soweit sie nicht den „Herren" gehören — mit den Habseligkeiten der Ausgewiesenen gefüllt, und diese führen dort ein richtiges Nomadenleben. Dabei sind die Exmissionen immer noch nicht beendet, in diesen Tagen erst wieder finden Termine gegen eine Anzahl von Streikenden statt.

Trotzdem ist es den Unternehmern nicht gelungen, den Kampfesmut der Arbeiter zu brechen. Nur 5 Mann sind aus Furcht vor der Exmission abtrünnig geworden. Mit ihnen aber werden die „Herren" ihre Betriebe nicht aufrecht erhalten können, zumal es ihnen immer noch nicht glücken wollte, Streikbrecher von außerhalb herbeizulocken. Und deshalb wird auch der Schutz der drei Gendarmen, welche die Arbeitswilligen zu Fuß und zu Pferde täglich wie Gefangene zu und von der Arbeit geleiten, nichts nützen, ebensowenig die angedrohten Verhaftungen der im Vordergrund der Streikleitung stehenden Arbeiter und die Ausweisungen von Ausländern, von deren zum Beispiel dieser Tage der zu den Streikenden gehörende Oesterreicher Kunze getroffen worden ist. Er hat die Aufforderung erhalten, binnen acht Tagen das Land der schwarz-weißen Freiheit und Gastfreundschaft zu verlassen.

Das Torf Strödel macht zur Zeit einen eigenartigen Eindruck. Verlassen liegen die mächtigen Steinbrüche zwischen Strödel und Qualkau; beständig werden sie von Gendarmen umkreist; auf Schritt und Tritt stößt man auf leerstehende, verlassene Häuser, als ob ein großes Sterben Einzug gehalten hätte. Die von den Arbeitern völlig abhängigen Geschäftsleute stehen mit gedrückter Miene vor den Türen ihrer Läden und spähen vergeblich nach den Kunden aus, die nicht kommen. In den Arbeitern selbst aber lebt der alte ungebrochene Mut. Sie wissen, daß sie für eine gerechte Sache kämpfen, und da kann aller Terrorismus sie nicht erschüttern, selbst wenn er so brutal auftritt wie bei den Exmissionen der Steinarbeiter von Strödel und Qualkau.

Die beleidigte Landskammer.

Wegen Beleidigung der Landskammer, die in einem Artikel gefunden wurde, den der Stettiner „Volksbote" aus Anlaß der Entlassung des Genossen Löbe von seiner einjährigen Gefängnisstrafe gebracht hatte, ist von der Stettiner Strafkammer der Genosse Quessel als Verantwortlicher des Volksboten gestern zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt. Einen eingehenden Bericht über die Verhandlung behalten wir uns vor.

Wen gelüstet nach einer „besseren Stellung"?

Am Sonnabend stand im Arbeitsmarkt des „Breslauer Generalanzeiger" folgendes Inserat:

„Aeltere verheiratete Leute mit guter Handschrift sucht Versandgeschäft Barbaragasse Nr. 67. Meldungen Nachmittags 4—5 Uhr."

Am Montag hatten sich infolge dieses Inserats etwa zwanzig Leute an Ort und Stelle eingefunden, um ihre schreibgewandten Hände dem Inhaber des „Versandgeschäftes" zur Verfügung zu stellen. Um ½5 Uhr öffnete sich die Pforte zum Himmelreich und heraus trat ein Knabe von etwa 18 Jahren und teilte mit, daß die Stellung darin bestehe, mit einem zweiräderigen Handwagen Seife in der Stadt zu verfahren. Als Lohn hierfür waren 12 Mark pro Woche festgesetzt. Die Entrüstung unter den Bewerbern war allgemein.

Für ihre 12 Mark wird die Firma demnächst wohl nicht bloß schreibgewandte Leute, sondern solche mit Hochschulbildung haben wollen, die ihre Seife an den Mann bringen. Auch Kaution müßte sie verlangen, denn bei 12 Mark Lohn könnte es doch sehr leicht vorkommen, daß ein Hungriger ein paar Stücke von ihrer Seife verschlingt. Jedenfalls beweist auch dieser Fall wieder einmal sehr deutlich, was die im Arbeitsmarkt des „Generalanzeiger" ausgebotenen Stellen für Wert haben. Sind es nicht Streikbrecher, dann sind es sonstige Dumme, auf die die unehrlichen „Firmen" reflektieren.

* **Grundsätze des modernen Städtebaus.** Am Montag fand in Ratibor der 27. oberschlesische Städtetag statt. Unter anderem wurde auch über die Frage beraten, welche Grundsätze für den modernen Städtebau maßgebend sein müßten. Der Bund deutscher Architekten- und Ingenieurvereine hat solche Grundsätze aufgestellt, die in ihren wichtigsten Punkten von dem Breslauer Stadtbaurat Brugger mitgeteilt und erläutert wurden. Der Redner führte aus:

Das Zeitalter des Verkehrs brachte die praktische Anwendung der Mathematik und Geodäsie (Erdmessunde) im Städtebau zur Anwendung. Die schönen alten Städtebilder waren unlesbare Hieroglyphen geworden. Man beseitigte die „Unkunst" und änderte damit auch die Städtebilder. Endlich hätte man aber doch, daß die neue Zeit auch künstlerische Kultur kenne. Professor Hocheder-München wandte sich gegen die geradlinigen Straßen. Geschlossenheit des Bildes sei die Hauptsache, sie sei zu erreichen durch die kurze Schreibung der Straßenzüge auf Plätzen, durch das Vermeiden zu langer Straßen. Der künstlerische Standpunkt müsse unter Wahrung aller Interessen des Verkehrs in den Vordergrund gestellt werden. Weiter wandte sich Redner dem sozialen Moment zu. Nicht den Mieter zu bekämpfen sei hier das Beste, sondern zu bessern. Zu bedauern sei es, daß hier keine allgemein geltenden Vorschriften vorhanden seien. Man denke an die Gartenstadtwohnungen, die das ganze Jahr hindurch keinen direkten Sonnenstrahl bekommen; solche Wohnungen würden heute noch gebaut, ohne daß die Bauordnung eine Handhabe dagegen böte. Zur Bekämpfung schwerender Spekulation sei den Städten zu empfehlen, ihren Besitz an Bauland nicht aus den Händen zu geben, sondern einen anderen Modus, Erbpacht oder dergleichen zu wählen. Weiter riet der Redner zur Anlage von Gartenvorstädten, wozu die Stadt Gelände unter billigen Bedingungen hergeben möge. Hierzu sei aber nötig, daß die Stadt das Gelände, Ackerbauland, vor der Legung der verteuernd wirkenden Fluchtlinienpläne in ihren Besitz bringe.

In der Diskussion bezweifelte Oberbürgermeister Menzel-Gleiwitz einen Erfolg des Erbbaurechts, das noch zu wenig geklärt sei. Gegen das Rückkaufrecht spreche das Bestreben nach Verdienen. Wolle die Kommune den Stadtbau in sozialpolitische Bahnen lenken, dann müsse sie dazu übergehen, selbst zu bauen und zu vermieten, so wie das jetzt in Freiburg im Breisgau bereits der Fall sei.

Durch die Beratungen ging offensichtlich das Bemühen, die hausagrarischen, privatkapitalistischen Interessen nach Möglichkeit zu schonen, ein weiterer Beweis dafür, daß auch auf dem Gebiete des Wohnungs- und Städtebaues durch die Gesetzgebung und kommunale Selbstverwaltung zwar manche Linderung, niemals aber wirkliche durchgreifende Besserung geschaffen werden kann; auch Städtebau und Wohnungshygiene sind eben ein Teil der sozialen Frage, und diese kann nur durch den Sozialismus gelöst werden.

Trotzdem stachen die Beratungen gar stark von den Verhandlungen ab, die in Hirschberg zu der gleichen Zeit gepflogen wurden. Dort tagten die organisierten Hausagrarier von Schlesien und Posen. Als dort der Hirschberger Kulturingenieur Wehrich in einem Vortrag über den modernen Städtebau es als die Aufgabe der Hausbesitzer bezeichnete, nicht nur so zu bauen, daß die Bestimmungen der Baupolizei erfüllt würden, sondern daß sich auch der Mieter wohnlich und behaglich in seinen Räumen fühlen könne, erregte er damit das höchste Mißfallen der Herren Hauspaschas. Man schimpfte darüber, daß schon die baupolizeilichen Vorschriften viel zu weit gingen und machte schließlich kurzen Prozeß, indem man die „sogenannten sozialen Bestrebungen" einfach in Bausch und Bogen verurteilte.

* **Preußisches Eisenbahnarbeiterschicksal.** Unter den Petitionen, die in der letzten Session dem preußischen Abgeordnetenhause zugegangen sind, befand sich auch das Gesuch eines ehemaligen Hilfsbremsers.

Dieser war im April des Jahres 1875 in den Eisenbahndienst getreten. Eine feste Anstellung erhielt er aber nicht, angeblich weil er krank sei. Trotzdem hat er 30 Jahre hindurch zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten seinen Dienst getan. Im November 1904 wurde er von einem Schlaganfall getroffen und ist seitdem dienstunfähig. Wie es im Gesuche heißt, steht er nun ohne alle Mittel da, seine Frau und eine Tochter seien krank, seine anderen Kinder könnten ihn nicht ernähren. Im Dezember 1905 habe er eine Unterstützung von 10 Mark erhalten; sein Gesuch um eine weitere sei am 9. Februar 1906 abgelehnt. Am 11. September habe er dann wieder eine einmalige Unterstützung von 10 Mark erhalten. Er bittet nun, das Abgeordnetenhaus möge ihn nicht im Elend verkommen lassen und ihm helfen. Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses hielt es indessen für richtig, über das Gesuch zur Tagesordnung überzugehen, da ein Regierungskommissar die Erklärung abgegeben hat, daß der Petent eine Invalidenrente von jährlich 180 Mark beziehe und in seinem Haushalte sich außer der Frau 5 erwachsene Kinder befänden, von denen drei zusammen etwa 1380 Mark jährlich verdienten. Die königliche Eisenbahndirektion Bromberg habe deshalb die Voraussetzungen für die Gewährung einer laufenden Unterstützung zurzeit als nicht gegeben erachtet; eine Pension stehe ihm aber nicht zu, da er im Eisenbahndienst „lediglich im Arbeitsverhältnis stand".

Dieser Standpunkt, der juristisch richtig sein mag, zeigt, wie sehr weit sozialistisch die preußischen Musterbetriebe schon gekommen sind. Nach bald dreißigjährigem Frondienst wird der Arbeiter einfach auf die Straße gesetzt. Allerdings bekommt er dann einmal in 9 Monaten eine Unterstützung von 10 Mk. und eine Invalidenrente von 180 Mk. Die Kompetschüssel ist wirklich zum Ueberlaufen voll.

* **Wer hat gebrauchte Schulbücher abzugeben?** Die Parteigenossen einer süddeutschen Stadt mit überaus schlechten Schulverhältnissen, die für das Bildungsbedürfnis ihrer Kinder selbst so gut es geht sorgen müssen und die Beschaffung von Lernmitteln überaus schwer haben, fragen bei uns an, ob Breslauer Genossen vielleicht alte Schulbücher, die durch neuere Auflagen aus dem deutschen Unterricht ausgeschieden sind, gratis zu vergeben haben. Sie hätten helfe in ihrem weitabgeschiedenen Orte noch gute Verwendung und ein hiesiger Freund hat sich erboten, die Verpackung und Versendung auf seine Kosten zu übernehmen. Wer alte in seinen Bücherkisten noch alte Schulbücher, besonders Lesebücher aufbewahrt hält, der kramme sie hervor und sende sie unserer Redaktion zu, welche die weitere Vermittelung übernimmt.

* **Das Arbeiter-Sekretariat Breslau** erbittet uns um Aufnahme folgender Nachricht: In allernächster Zeit dürften den steuerzahlenden Arbeitern die Veranlagungen für das Steuerjahr 1907 zugehen. Die unausbleibliche Folge sind eine große Anzahl von Reklamationen, welche innerhalb 28 Tagen nach Zustellung der Veranlagung eingereicht werden müssen. Um nun den Reklamanten unnötige Wege und dem Sekretariat unnütze Arbeit zu ersparen, ersuchen wir die Veranlagten dringend, eine Beschleunigung der Zustellung der über das Einkommen, welches im gerade laufenden Steuerjahr vereinnahmt war, beizubringen. Diese Bescheinigung [illegible] Arbeitgeber [illegible] Erfolg haben soll.

* Bei einem Streit im Anzuge [illegible] wurde, als die „Polizeiverordnung" [illegible] 1905 bei der Arbeit vom Dache in die Tiefe stürzte, [illegible] Gerüstes [illegible] Kranzes [illegible] Kranz [illegible] Gerüstes [illegible] Gewerbe-Berufsgenossenschaft beschloß: „Daß Gerüstes [illegible] auf die Angaben des Verletzten [illegible] Gerüstes [illegible] Verletzung des Gerüstes [illegible] Verletzung des Gerüstes [illegible] Gerüstes [illegible] Gerüstes [illegible]

[illegible] Ausweisungsfälle, die auf Reichsgesetz [illegible] nicht werden muß."

Der Reichsminister lehnte die Verleihung der Eigenschaft als Reichsangehörige auf den vorliegenden Fall nicht gerade, da G. tatsächlich Reichsdeutscher, ehemaliger [illegible] Staatsangehörigkeit, gewesen sei. — G. Hagie kommt beim Oberverwaltungsgericht nach wenigen Gründen. § 21 Nummer 5 sei [illegible] Sinne anzulegen, daß er keinen Unterschied machen [illegible] Deutschen, die tatsächlich und ohne ausländische Staatsangehörigkeit erworben hätten und [illegible], wo dies nicht der Fall sei. Das Oberverwaltungsgericht hebt aber die Klage ab und hebt hervor, daß seinem Anspruch auf die Vergünstigung des § 21 Nummer 5 des Gesetzes vom 1. Juni 1870 Bedingungen hätten, die im Auslande eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben. Ihnen stehe nur der Weg der Naturalisation gemäß § 2 offen; darauf hätten sie aber als „Ausländer" kein Klagerecht. Ein Eingreifen auf Wiedereinbürgerung in die deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeit hätten nur die Deutschen, die lediglich durch mehr als gelegentlichen Aufenthalt im Auslande die Staatsangehörigkeit in Deutschland verloren haben.

Polnische Flugblätter

zur Agitation unter den polnischen Saison-Arbeitern hat soeben der Vorstand der Polnischen Sozialistischen Partei in Deutschland herausgegeben. Die Agitations-Kommissionen, Vertrauensmänner x. werden ersucht, die Schriftstücke zu verteilen und eventuelle Aufzeichnungen an die Adresse: „Gazeta Robotnicza" in Dortmund OS. zu richten. Der Inhalt der Flugblätter ist äußerst nichtsnutzig bemerkenswert.

Breslau. 10. Juni. Ein Todessprung. In der Kaiserlichen Mühle hier wollte der 18jährige Knecht Steiner, wie er und die anderen Arbeiter schon öfter getan, auf dem Fenster der im dritten Stock gelegenen Wohnung hinausklettern und in gleicher Höhe schräglaufend gelegenen, etwa 1½ Meter entfernten Fenster im Mühlengebäude, um sich das Treppenlaufen zu ersparen. Infolge des Regens und des [illegible] trat, glitt er beim Sprunge aus und stürzte auf das Hofpflaster hinab, wo er mit zertrümmerter Schädeldecke tot liegen blieb. Steiner war vor dem verhängnisvollen Sprunge vom Aufseher gewarnt worden.

Schweidnitz. 6. Juni. Flucht dreier Kerker-Kolonisten. Nicht genügen als drei Gefangene [illegible] in der letzten Nacht aus der hiesigen Strafanstalt. Der Telephonist kommen aus Oberschlesien bezw. Posen.

Schweidnitz. 11. Juni. Noch ein Opfer des Sturmes. Ein weiterer schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern wiederum in der Reichenbacher Straße. Als ein Schulknabe den Bürgersteig entlang ging, stürzte von einem Hause ein vom gestrigen Sturm [illegible] Ziegel herab und schlug dem Knaben die Schädeldecke ein. Das Kind lag leblos [illegible] daneben.

Freiburg. 11. Juni. Schweres Unglücksfall. In großer Gefahr schwebten gestern, wie der „Schlesischen Zeitung" meldet, die Insassen eines Wagens, welcher bei der Ankunft von der Salzbrunnerbahn an der Ecke der Marienstraße schwer [illegible]. Er mußte in unmittelbarer [illegible] Straßen-Ecke das vierte Pferd die Wagendeichsel in den Leib drang und das Tier auf der Stelle verendete. Auch das zweite Pferd erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald getötet werden mußte.

Waldenburg. 11. Juni. Schwer geraubter Nachtjäger. Wenigen Sonntagen hing ein in Diensten der Gutsverwaltung stehender Kutscher mit einem mit 10 Zentner Kohlen beladenen Wagen die abschüssige Hermannstraße hinab, der [illegible] schweres Fuhrwerk geführt ist. Die Pferde waren [illegible], daß Fuhrwerk aufzuhalten und so lief es die Straße herab. Der Kutscher wollte die Pferde aufhalten, kam aber dabei in [illegible] zu Fall, daß der Wagen über ihn hinwegging und ihm den Brustkorb eindrückte. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Jerichau. 11. Juni. Tödlicher Unfall. Der Bahnarbeiter Gottfried Bergmann aus Jol-Fichtenau erlitt am Freitag auf dem Bahnhof in Goldkoda einen tödlichen Unfall dadurch, daß er beim Wagenrangieren aus ganz geringer Höhe von der Leiter stürzte und sich schwere innere Verletzungen zuzog, denen er nach Ueberführung in seine Wohnung erlegen ist.

Jerichau. 11. Juni. Vergiftet. Vorige Tage hat sich eine in Neusorge tätige ansässige Krankenschwester mittels Morphium vergiftet. In einem hinterlassenen Briefe bat sie, man möge ihr Ehre als Lebensmüde [illegible] angedeihen. Letztere führen das Mädchen in den Tod getrieben zu haben.

Glogau. 11. Juni. Verunglückt. Die Ausführung einer lebensgefährlichen Tat verunglückte der Fabrikarbeiter Franz in Glogau-Gymnasium der Glogau. Als beim Holzabladen ein [illegible] Rind in Gefahr geriet, von einem rollenden Stamme erfaßt zu werden, der es noch [illegible] gerettet hätte, wenn der Stamme [illegible] und [illegible] das Rind, erlitt [illegible] einen [illegible].

Mittelwalde. 12. Juni. Kultusministerium [illegible] Seit dem Tode des Kardinalbischof Herzog [illegible] Schulkinder von — [illegible] Petersen [illegible] Kommission hat die Regierung in Breslau dem Schulamtskandidaten [illegible] in Gartz die Verwaltung einer [illegible] in Mittelwalde [illegible].

Goldberg. 10. Juni. Tödlicher Unfall. Der Schmiedemeister Glaser [illegible], Regierungsstraße [illegible] infolge eines Schwindelanfalls [illegible] Tode. Der [illegible] zog sich dabei schwere innere Verletzungen zu, denen er nach Ueberführung in seine Wohnung erlegen ist.

Guhrau. 10. Juni. Lehrerversammlung. In der Versammlung [illegible] Differenzen zu einem Streik, der nach [illegible] Tagen zu Gunsten des Lehrerstandes beendet wurde.

Glogau. 12. Juni. Tödlicher Unfall. Am Freitag [illegible] Berlin [illegible] Tanzen [illegible] Volksfest-Vorstellungen hatten. Der Polizeipräsident [illegible] Tode. Der [illegible] Unfall [illegible] Tod [illegible].

Liegnitz. 10. Juni. Ein [illegible] Wohl [illegible] hat [illegible] Tod [illegible] Arbeiter [illegible] Tod [illegible] Tod [illegible] Tod